

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Veröffentlichungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einheit“ Zusatzklasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr M. 2 (ohne Bestellgeld), bei Zustellung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf für die dreigespaltene Zeile oder deren Raum berechnet

Symptome des Staatsbankrotts.

Von Dr. Oscar Stillig,
Privatdozent an der Berliner Humboldt-Universität.

Die Frage, ob wir in Deutschland den Staatsbankrott bekommen werden oder ob er vermieden werden kann, wird von vielen gestellt. Aber sie zeugt von wenig Einsicht in die gegebene Sachlage und ich möchte sagen von einer gewissen Naivität des Denkens. Denn wir befinden uns bereits mitten in einem Zustand, der alle Zeichen des Bankrotts an sich trägt. Wenn daher Professor Julius Wolf in einem Artikel über finanzielle Selbsttäuschung („Tag“ vom 30. April 1919) durch das Mittel einer Aufzählung weiterer Verbrauchs- und Aufwandssteuern erklärt: „Ein Verzicht auf große indirekte Steuern würde den Staatsbankrott unausweichlich machen“, so liegt darin meines Erachtens offenbar eine Verkennung derjenigen Symptome, die gegenwärtig bereits als Ausdruck indirekter Zahlungsunfähigkeit vollstreckt sind in die Erscheinung treten. Und diese Selbsttäuschung besteht nicht nur in nationalökonomischen Kreisen, sondern ist weit darüber hinaus verbreitet. Man glaubt, die Zukunft werde erst darüber entscheiden, ob der Staatsbankrott eintrete, und diskutiert darüber, ob unsere Wirtschaft die Risiken werden tragen können, die die Kriegseinsparungen über sie verhängen.

Und doch wissen wir, wie gesagt, bereits gegenwärtig mitten im Staatsbankrott. Seine Kennzeichen treten allerdings nicht offen und nackt hervor, sondern ver-schleiert. Daraus läßt es sich erklären, warum es für die großen Massen des Volkes schwer fällt die finanzielle Lage richtig zu beurteilen. Die meisten stellen sich unter Staatsbankrott einen Zustand vor, bei dem die Welle auftritt, daß beispielsweise jemand, der M. 10.000 sein eigen nennt, plötzlich am nächsten Morgen, wenn er erwacht, nichts mehr hat. Oder daß der Beamte, der bisher regelmäßig sein Gehalt erhielt, nichts oder nur einen Teil davon bekommt. Oder daß der Willkürtribut, den der Zinsdienst des Reiches erfordert, nicht mehr entrichtet wird. All das würde eine offensichtliche Zahlungs Einstellung des Reiches bedeuten und zu einer Katastrophe führen, deren Folgen man sich schwer vorstellen kann. Weil sich nun der Vorgang, um den es sich hier handelt, nicht in dieser Weise vollzieht, glauben viele, daß der Staat nach wie vor solvent sei und durchaus allen seinen Verpflichtungen nachkomme, daß also — vorläufig wenigstens — von einem Bankrott nicht die Rede sein könnte. Sie erkennen das Wesen des Zustandes nicht, in dem sie leben, trotzdem sie seine Folgen und Leiden täglich verspüren.

Ein offener Bankrott, wie er früher vorkam, pflegte, trat in der Weise gütig, daß der Staat auf den verbleibenden Gebieten seine Zahlungen einstellte. So war es in Preußen nach der Niederlage des Jahres 1806. Die Beamten erhielten nur noch Teile ihres Gehalts, den Rest mußten sie dem Staate fünden. Der Zinsdienst der Staatsschuld wurde herabgesetzt und auch andere Staatsverpflichtungen konnten nicht erfüllt werden. Solche offenen Staatsbankrotte hat es in früheren Zeiten in der Geschichte fast aller Staaten gegeben. Länder, die heute glänzend dastehen, wie zum Beispiel Venedig, gehörten noch im Anfang der 1890er Jahre zu den insolventesten Schuldnern. Von den Staaten der Gegenwart ist es die Sowjet-Republik, die in ungewöhnlicher Form den offenen Staatsbankrott erklärt hat, indem sie große Geldbeträge wertlos machte, die Anleihen annullierte usw. Aber in anderen vom Kriege heimgekehrten Ländern, zu denen Deutschland gehört, meldet sich dieses Gespenst in anderer Form an. Es tritt nicht offen, sondern verschleiert hervor. Diese für unser gegenwärtiges Staatswesen charakteristische Form des Bankrotts haben wir jetzt näher zu betrachten.

Seine Kennzeichen sind andere als die der unmittelbaren Zahlungs Einstellung. Wir sehen ja, wie jetzt während der Revolution die Notenpresse arbeitet und die

Pfingstwort.

Daß du der Speise dich sorgst, wer darf dir's verwehren!
Daß deine Hand nach den Schüsseln des Lebens greift,
Daß du sie forderst, der Scholle brotgediene Feiern,
Drinnen die Kraft deinen wirkenden Händen reist.

Wenn mit dem Saft die schwellenden Trauben sich füllen,
Wenn sich die Hüme beschweren mit lodender Last,
Sollst du den Hunger verlangenden Leibes die stillen,
Sei du der fruchtbaren Erde begehrender Saft.

Zeugt sie nicht Samen in sorglosheitlicher Verschwendung!
Alles will, alles, zu freundiger Ernte gedeihn.
Was aus den Reimen sich ringt zu der letzten Vollendung,
Schaffende Menschheit, nimm es, denn alles ist dein.

Aber vergiß nicht, nach Sonne und Sternen zu fragen.
Beuge dein Haupt nicht gesättigt auf Schüssel und Tsch.
Dauend im Geiste sollst du auch das werdende fragen;
Siehe: kein Wunder gebiert es aus Fleisch und Fisch.

Laß an der Sonne die mäßigen Einnahmen erwarmen,
Daß dir's im Herzen mit strahlender Felle sich fällt,
Und erkenne: nur das, nur das sind die Armen,
Denen der Strom eines heiligen Willens nicht quillt.

Comen der Seele, sie blühen in heit'rer Verschwendung,
Was denn gewinnst du, entrinntst du der leiblichen Not,
Aber der Geist dein, er ringt nicht um Frucht und
Vollendung!

Atmet und atmet, mein Bruder — und bist doch tot.
Ernst Preygang.

Geldmittel geschaffen werden, um alle Verpflichtungen zu erfüllen: der Zinsdienst ist aufrechtzuerhalten, die Kupons werden eingelöst und kein Beamter braucht auf sein Gehalt auch nur eine Stunde länger zu warten als bisher. Ja, das Reich zahlt sogar den Arbeitlosen gewaltige Unter-stützungen aus, unterhält eine sehr kostspielige Militärmacht und gibt auch sonst für die verschiedensten Zwecke Geld aus, das prompt gefaßt wird.

Wollen wir uns über den heutigen Zustand Klarheit verschaffen, dann müssen wir die Symptome des versteckten Bankrotts aufsuchen, der in großen Teil-wirkungen unser wirtschaftliches und soziales Leben heimlich.

Sein wichtigstes Kennzeichen ist die Erkrankung unseres Geldwesens: die unaufrichtige Entwertung der deutschen Reichsmark. Aber wohlgerichtet: nicht das Sinken unserer Wälua an sich ist ein Zeichen des Staatsbankrotts, denn es besteht auch in anderen Ländern, deren Finanzwesen noch gesund und intakt ist, sondern die Tatsache, daß der Staat tiefen Sinken bei uns nicht einhält zu gebieten vermag, ob er gewungen ist, die Notenpresse immer weiter in Bewegung zu setzen und dadurch der Entwertung immer weiteren Vorschub zu leisten. So ist es gekommen, daß das deutsche Geld im Umstande über 300 pSt. unter der Friedensparität liegt, das heißt M. 3 zuzett eigentlich noch weniger wert sind als früher M. 1. Dem entspricht auf der anderen Seite ein ungeheures Wertagio (Aufschlag für Geld).

Diese Geldentwertung hat zur Folge, daß der Staat aus eigener Kraft immer weniger fähig wird, im Auslande genügend Zahlungsmittel einzukaufen, um die Bevölkerung zu ernähren, und genügend Rohstoffe, um die Industrie zu speisen und in Gang zu setzen. Er kann es noch, aber unter unerhörten Opfern und durch Mittel, die keine finanzielle Abhängigkeit weiter vermehren. Das Reich ist also nur imstande, um den Preis eines gewaltigen Einbußes, den es dem Auslande gegenüber zu entrichten hat und der in hohem Maße einflußverhindernd wirkt, eine Einbuße überhaupt zu erndlichen.

Der maßierte Staatsbankrott kommt weiter zum Ausdruck in der Bewertung der Kriegsanleihen. Es

gelingt nicht mehr, durch staatliche Intervention den Kurs zu halten. Allerdings zahlte vor dem Bekanntwerden des Vortriebsvertragsentwurfs die Reichsbank für keine Be-träge noch einen Preis von 87 1/2 pSt. Seit dem 26. Mai aber beträgt der Aufnahmefuß nur noch 80 pSt. für Beträge von M. 2000, wobei der Verkäufer nachzuweisen hat, daß er Zeichner der Anleihe war. Im freien Markt aber notierten die Kriegsanleihen nicht viel über 80 pSt. Am 20. Mai war der Kurs auf circa 73 pSt. gefallen. Es ist mit absoluter Sicherheit anzunehmen, daß er weiter sinken wird, wenn die Intervention keinen Erfolg hat. Damit tritt eine automatische Verminderung der Anleihe-schuld ein. Nehmen wir einmal an, der Kursverlust würde 30 pSt. betragen, dann würden die nahezu 100 Milliarden Mark Schuldverschreibungen und Schatz-anweisungen nur noch etwa 70 Milliarden wert sein — eine Verminderung der Staatslasten ohne jede offizielle Annulierung.

Aber auch in bezug auf die Verpflichtung des Reiches, die Kriegsanleihen zu verzinsen, werden bereits die ersten Symptome des Bankrotts sichtbar. In dem neuen Steuerprogramm der Regierung befindet sich eine zehn-prozentige Kapitalertragssteuer, deren Ergebnis auf 1,3 Milliarden geschätzt wird. Das bedeutet in seiner Wirkung eine Herunterziehung der in Schuldverschreibungen verbrieften Staatsverpflichtungen um ein Drittel. Der bis 1924 als fest garantierte Zins der Kriegsanleihe bleibt zwar nominell auf 5 pSt. bestehen, in Wirklichkeit aber beträgt er, wenn die Steuer eingeführt wird, nur noch 4 1/2 pSt., und das ist sicher erst der Anfang der Zinsherabsetzung; denn der Nietenbetrag ist auf die Dauer nicht aufzubringen.

Der verschleierte Staatsbankrott tritt weiter in der Unfähigkeit des Reiches und der Einzelstaaten zutage, das Gehalt ihrer Beamten mit den veränderten wirtschaftlichen Anforderungen in Einklang zu bringen. Die Beamten sind die hauptsächlichsten Leidtragenden der neuen Zeit. Denn der Staat, der die Garantie eines gewissen Lebensstandes seiner Beamten übernommen hat, ist nicht mehr imstande, seiner Verpflichtung zur Aufrecht-erhaltung dieses Lebensstandes nachzukommen, ihnen ein Gehalt zu zahlen, das in einem erträglichen Verhältnis zu den Preisen der Lebensnotwendigkeiten und den An-forderungen ihrer Lebenshaltung steht. Die Regierung hat das auch offen zugestanden. So heißt es zum Beispiel in einer Erklärung des preussischen Ministers der öffent-lichen Arbeiten an den Deutschen Eisenbahnerverband (Mai 1919): „Angehts der schwierigen Lage, in der sich gegenwärtig der weitaus größte Teil der Bevölkerung befindet, ist das Streben der Eisenbahner nach einer Ver-besserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse als durchaus berechtigt anzuerkennen. Dies auf dem Wege einer Er-höhung des Einkommens herbeizuführen, ist aber für den Staat unmöglich. Die hierzu erforderlich werdenden Mittel anzubringen, ist er gänzlich außerstande.“ In dieser Begründung liegt nichts anderes, als das Eingeständnis des Bankrotts.

Ganz in Gang mit der durch den Krieg und die Maß-nahmen zur Aufbringung der notwendigen Mittel hervor-gerufenen völligen Verschlebung der wirtschaftlichen Verhältnisse geht eine merkwürdige Erscheinung, die vorläufig von unserer Bevölkerung nicht erkannt und nur von Wenigen begriffen wird: die Auffassung des privaten Reichtums durch die öffentlichen Körper. Wir leben gegenwärtig in einer Zeit, in der es zwar noch nominell, aber nicht mehr tatsächlich reiche Leute gibt. Denn das Vermögen und Einkommen aller derjenigen, die es nicht inzwischen im Auslande in Sicherheit gebracht oder in ausländischen Staatspapieren und Aktien angelegt haben — die ja aber auch zum größten Teil inzwischen der Beschlagnahme durch das Reich verfallen sind —, oder es schließlich durch ver-schleierte Bilanzierung und andere Maßnahmen zu verbergen verstanden haben, ist durch eine große Reihe von Forderungen in so hohem Maße vorbelastet, daß eigentlich noch kaum



etwas übrigbleibt. Diese Forderungen stellen eine Anzahl von Hypothesen dar, deren Größe noch gar nicht berechnet werden kann.

Das alles sind Symptome des heute bestehenden Zustandes unserer wirtschaftlichen Lage und des mit ihr auf Gedeih und Verderb verbundenen Staatseinkommens.

Gewerkschaft und Zollpolitik.

Ein in mehrfacher Hinsicht interessanter Streit ist zwischen zwei deutschen Gewerkschaften entbrannt. Die Streitenden sind der deutsche Steinarbeiterverband und der deutsche Eisenarbeiterverband.

Zum Fest des Lichtes.

„Die schönste und natürlichste Gabe aller Völker auf den ersten Stufen der Kultur war das Licht, die Sonne“.

Steinindustrie in ihrer Gesamtheit, also auch der Arbeiter, zu beraten. Der Genosse Staudinger, als Vertreter der Steinarbeiter, hat dort die Erklärung abgegeben, daß die deutschen Steinarbeiter sich die zollfreie Plastersteinzufuhr nicht länger gefallen lassen würden.

Wichtig ist für uns die gewerkschaftliche Beziehung. Die Sache liegt nämlich so, daß die Interessen der deutschen Stein- oder Plasterer in diesem Falle den Interessen der Steinarbeiter direkt entgegenstehen.

Nun hat diese Sache aber auch noch eine ernste wirtschaftspolitische Seite. In gewissen Kreisen Schwedens soll die Stimmung für Deutschland nicht günstig sein.

bedürftigen Arbeiterkreise schwer treffen. Bisher war die Sache so, daß Norwegen seine Steine vorwiegend nach England, und Schweden vorwiegend nach Deutschland ausfuhrte.

Aus dem Konflikt, der zurzeit hauptsächlich zwischen Steinarbeitern und Steinsehern besteht, können unsere Kollegen einige Schlussfolgerungen ziehen.

Und so erkennen wir noch heute die „schönste und natürlichste Gabe“ an als die stärkste, alles belebende und erhebende Macht, und wenn wir uns auch nicht mehr ansehend vor ihr in den Staub werfen und keinen Höflichkeit zeigen, so gehört ihr doch unsere feurigste Verehrung und Liebe.

und verjagen das Dämon in ihrer Heil- und Kraftwirkung. Für uns Menschen aber bedeutet „Licht“ im übertragenen Sinne noch etwas anderes.

Wir lebten im Dünkel. Duschstädtlich oft. Der Großstadtbewohner, der Suburbane und in vielen Fällen auch der Landarbeiter kauften und kauften vorläufig nach, in Wohnungen, die trefferlos als Wohnhöhlen zu bezeichnen waren.

wiele dachten: „Der dümmste Arbeiter ist der beste.“ Aber gab es auch früher schon Unternehmer, die andere Meinung waren und den günstigen Einfluß der Arbeiterintelligenz auf Mehrwert und Profit zu schätzen wußten?

Der Pfingstgeist, der so oft verpöbelte und vielgeschmäht, hat geliebt. Noch steht er auf den Trümmern der ungeheuren Katastrophe, die die Erde in den letzten Jahren heimlich — auf den materiellen und moralischen Ruinen einer dem Untergang geweihten Welt. Ein verarmtes, aber von allen Seiten befreites Volk strebt seine Kräfte zur Sonne empor und sieht das Dämon in dem neuen Lichte einer freien, zukunftsreichen Entwicklung überwiegen.

kommen kann bei der Wahrnehmung seiner reinen Berufsinteressen gegenüber dem Programm seiner politischen Partei; dann, daß sozialdemokratische Minister sehr leicht in die Lage kommen können, sich für etwas entscheiden zu müssen, was den Programmforderungen ihrer Partei widerspricht, wenn sie nicht die Parteipolitik über die Staatspolitik stellen wollen. Und zum dritten, daß es für eine politische Partei sehr leicht ist, ein Kampfprogramm aufzustellen, solange sie in der Opposition ist, daß aber die Sache sich gründlich ändert, sobald sie Regierungspartei wird. Unsere Kollegen, die die politischen Vorgänge der letzten Monate verfolgten, werden schon mehrere derartige Unstimmigkeiten bemerkt haben. Wir haben hier in unsern Darlegungen nur an einen konkreten Fall zeigen wollen, wie schwer es für die Regierenden sein kann, widersprechende Interessen auszugleichen. Wir müssen annehmen, daß dieser Fall weder durchaus nicht der letzte in seiner Art sein wird. In der Tat sehen wir denn auch fast täglich Konfliktstoff aufsteigen.

Auch in gemeinschaftlicher Hinsicht halten wir die Angelegenheit durchaus einer näheren Betrachtung wert. In den letzten Monaten ist recht viel die Rede davon, die alten Gewerkschaften aufzulösen und die Einheitsgewerkschaft an ihre Stelle zu setzen. Unsere Stellung zur Einheitsgewerkschaft einer Industrie ist bekannt, so daß wir dies hier übergehen können. Es sind auch unsere Kollegen die Widerstände kennen, die sich bisher gegen eine solche Einheitsgewerkschaft in Baugewerbe bemerkbar machten. Stellen wir uns aber einmal vor, in einer Einheitsgewerkschaft der Arbeiter aller Völker läge in der derzeitigen Konflikt zum Ausdruck, wie im vorliegenden Falle zwischen Steinblechern und Steinarbeitern, wessen Partei sollte da die Zeitung der Organisation ergreifen? Den Gewerkschaftsrat würden wir kennen lernen, der da nicht von beiden Berufsgruppen Prägung empfängt. Dabei muß man annehmen, daß sich in einer Einheitsorganisation derartige Streitigkeiten zu Duzenden entwickeln würden. In der Theorie ist die Einheitsorganisation sicher ein schönes Ideal, doch; hart im Raume stoßen sich die Sachen.

Lebensmitteleinfuhr und Devisenfragen.

Die nachstehenden Darlegungen sind nicht als politische Programmformulierung zu verstehen. Wir veröffentlichen sie um so lieber, als aus ihnen mit aller Wahrscheinlichkeit klar hervorgeht, mit welchen Schwierigkeiten die Regierung bei der Einfuhr von Lebensmitteln zu kämpfen hat und wie viele Schwierigkeiten damit einhergehen werden.

Die Weltmarkt.

Wittere Lebensmittelmittel in Deutschland — starke Warenankaffung im Ausland: Deutschland darf jedoch nur einen genau begrenzten Teil dieses ausländischen Lebensmittels ankaufen. Die Wollade besteht im übrigen weiter. Das deutsche Volk muß weiter hungern und darben. Und selbst die Ankaufung des beschriebenen Quantums, das die Entente zu beschließen will, bringt unsern Umständen keinen Nutzen, da wir für bestimmte Mengen aus schließlich die erforderlichen Zahlungsmittel festsetzen, weil Krieg, Wollade und deren Folgen unsern wirtschaftlichen Lage so unglücklich heruntergedrückt haben. Unser Papiergeld ist entwertet. Die Papierzahlung bedeutet den Warenpreis ins Ungemeine, so daß die Lebenspreise für ausländisches Mehl, Getreide, Fett, Meis, Wolladen der beiden Masse unerreichbar werden. Um zu angemessenen Preisen einzukaufen zu können, müssen wir mit besseren Zahlungsmitteln kommen: mit Gold oder mit gleichwertigen Produkten, wie Steinöl, Kaffee, Industriefabrikaten, oder

mit ausländischen Werten, mit Devisen.* Die Beschaffung solcher Devisen ist gegenwärtig unsere Hauptaufgabe. Sie ist bei der Reichsbank zentralisiert, wie andererseits der gesamte Lebensmittelaufbau bei der Einfuhrzentrale des Reichsernährungsministeriums zusammenhängt.

Da beantragt die Reichsregierung bei der Einfuhrzentrale 1 Million Gulden für sofort gezeichnetes Reichspulver in Holland, 50 000 Kronen für sterilisierte Vollmilch und 1 1/2 Millionen für mehrere Tausend Fass Butter von Dänemark, 200 000 Franken für Schweizer Kondensmilch; zugleich kommt die Reichsregierung mit der Forderung von 400 000 Kronen für dänisches Rindfleisch und Abdeckung von Krediten, die Reichsregierungsgesellschaft mit einer 400 000-Gulden-Forderung für Fische von Holland, 700 000 Kronen für frische Heringe und 2 Millionen Kronen für frische Fische von Dänemark sowie 1 Million Kronen für Seehaisfleisch und Fischkonserven von Norwegen; die Eierzentrale beantragt mit 1 1/2 Millionen Kronen für Eier von Dänemark usw. usw. Das ist ein Beispiel von den Devisenanforderungen einer einzigen Woche.

Nach eingehender Prüfung; welche dieser Lebensmittel nach ihrer Notwendigkeit den Vorrat haben, für welche Mengen zurzeit Bedarf vorliegt und ob die Preise veranlaßt werden können, wird die Höhe des Zahlungsbedarfes festgestellt. Und nun beginnen die eigentlichen Zahlungsfragen. Woher die Millionen Devisen nehmen? Als Deutschland noch nicht in Not war und ungenügenden Kredit hatte, gab es keine Devisenfragen zu berücksichtigen. Heute kommt es vor — es ist kein Geheimnis, und das Volk muß es wissen, um zu verstehen — daß von notwendigen Einkäufen Abstand genommen werden muß, weil die entsprechenden Devisen nicht aufzutreiben ist oder die angebotenen Kredite so teuer sind, daß eine unerträgliche Erhöhung der Konsumentenpreise eintreten würde. Wir bekommen genügend Devisen im Ausland nur dann, wenn wir Waren exportieren können. Unser Export von Holz und Ganganfabrikaten ist aber heute, wo die Industrie aus Rohstoffmangel brach liegen muß oder durch härteste wirtschaftliche Art immer wieder erschüttert wird, nicht mehr zu denken. Darum sind wir augenblicklich fast nur auf die Reproduktion angewiesen, wie sie bei der Vergrößerung liegt. Deutsche Rohstoffe und deutsches Kali sind heute so gut wie das deutsche Gold, auf das die Entente ihre schwere Hand gelegt hat. Auf dem Wege der primitiven Kaufkraftwirtschaft können wir heute Kosten gegen Kartoffeln exportieren, wie es zurzeit mit einigen Ländern geschieht. Wir können aber auch für Rohstoffe und Kali Devisen hereinholen, die uns wieder als hochwertige Zahlungsmittel für den Ankauf ausländischer Lebensmittel dienen.

Den Reichsleuten ist es nicht unbekannt, daß im Zustande schon jetzt für bestimmte deutsche Produkte ein harter Warenausgang besteht. Nun gilt es, an diesen Punkten einzusetzen; andere werden bald folgen; denn eins zieht das andere nach sich. So kommt unser industrielles Leben allmählich wieder in Gang; wir bekommen wieder einen Export, und damit Devisen in die Hand.

Aus dem allen erkennen wir, daß der uralte Begriff von dem „Kreislau der Volkswirtschaft“ nur recht verstanden werden muß, um seine praktische Anwendung zu finden. Es wird klar, daß jeder einzelne im Volk hier mit Herz und Hand mitzusprechen hat, daß es auf

das Mittun der letzten Arbeitshand ankommt. Es wird klar, daß nicht die führenden Reichsstellen das Wort, das unser Volk braucht, sich aus dem Kessel schütteln können, sondern daß wir uns dies Wort selbst beschaffen müssen. Es wird klar, wie falsch es ist, immer nur Appelle um Hilfe nach oben zu richten, da doch der letzte Appell, der einzige Appell, der überhaupt einen Sinn hat, nur an das ganze Volk gerichtet werden kann. Es ist keine Phrase, daß nur die Arbeit imstande ist, Werte zu erzeugen, die wir dann in Lebensmitteln, Kleibern, Bekleidung anlegen können. Hundert Minister und tausend Reichsbankstellen sind bezim besten Willen nicht imstande, das zuwege zu bringen, was tausend Hände eines wertaktigen Volkes zu leisten vermögen. Wollen wir leben, dann müssen wir, nur wir, die dazu nötigen Zahlungsmittel aufbringen. Regierung und Reichsbank können nur leiten, ordnen, die Organisation und die Verteilung handhaben. Alles andere ist Sache des ganzen Volkes.

Lebensmittelfragen — Devisenfragen! Reicht das nicht allein Sorgen der Reichsstellen sein, löst diese Sorgen auch eure Sorgen sein! Nur so kommen wir aus dem grauen Elend der Gegenwart zu einer erträglichen Zukunft.

Jahresbericht der Generalkommission für 1918.

Durch den Zusammenbruch Deutschlands haben verschiedene Arbeiter und Beschäftigte, über die zu berichten wäre, nur historische Bedeutung. So zum Beispiel der Versuch der Vaterlandspartei im Oktober 1918, eine Verständigung mit dem Volksbund für Freiheit und Vaterland herbeizuführen. Der Volksbund stellte die Bedingung, daß die Vaterlandspartei ihrer antizionistischen Pläne entsage und sich auf den Boden der Friedensresolution des Reichstages stellen müsse, was abgelehnt wurde, so daß die Aktion der Vaterlandspartei erfolglos blieb. Auch der Volksbund selbst wurde nach der Auflösung der Generalkommission dadurch überflüssig, daß das allgemeine Volkrecht in Preußen durch die neue Reichsregierung gesichert wurde, und daß ein neues Arbeiterrecht nach den Erklärungen des Reichstages vom 5. Oktober 1918 auch international im Sinne der Bremer Gewerkschaftskonferenz geschaffen werden sollte. Bereits im Oktober 1918 übertrug der Vertreter der Generalkommission im Vorstände des Bundes die Aufstellung, und im Dezember stellte die Generalkommission selbst den Antrag, den Bund aufzulösen. Wegen der sicheren Verhältnisse wurde der Aufschub noch nicht zur Entscheidung über den Antrag zusammenberufen. Aber die Generalkommission dankt ihre weitere Mitarbeit auch dann einstellten, wenn die Auflösung nicht erfolgen sollte. Professor Wernano, Präsident, beabsichtigte, eine gezielte Regelung des kollektiven Arbeitsvertrages herbeizuführen. Seine Vorschläge bezweckten eine Umänderung und Ergänzung des § 105 der Gewerbeordnung. An den Beratungen hierüber waren Vertreter der Verbände beteiligt, die Reichstaxe mit den Arbeitnehmern abgeschlossen haben, sowie Vertreter der Arbeitgeber und Reichs-Deutscher Gewerkschaften. Es wurden Vorschläge über kollektiven Arbeitsvertrag aufgestellt, denen bei der letzten Beratung die Vertreter der christlichen Gewerkschaften nicht beizutreten, weil sie befürchteten, in der vorgesehenen Organisation eine genügende Vertretung nicht zu erhalten. Wernano gab daher seinen Plan auf, der überdies durch die Gründung der Arbeitergemeinschaft der gewerkschaftlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände überholt wurde. Das gleiche ist mit dem Arbeitskammergesetz in der von der früheren Reichsregierung vorgelegten Fassung der Fall. Die Fachgruppen der Arbeitergemeinschaft werden die Aufgaben der sachlichen Arbeitskammern erfüllen können und mehr und Besseres zu leisten vermögen, als die durch

worher auseinanderbrechende Geist zu einer großen Flamme zusammenfließen. Es ist eher wie beim Turmbau zu Babel, da die Sprachverwirrung das gigantische Werk unterbricht, weil die Rede des einen dem Ohr des anderen unverständlich wäre. Und doch bewegt im Grunde alle eckig Wollenden der gleiche Geist; zu vollenden, was verheißend begonnen wurde.

Denn — und dies beachtet mancher nicht — wir stehen ja am Anfang, nicht am Ende eines neuen Werkes. Der alte Geist ist geboren, aber die überkommene Materie umgibt uns noch. Noch faßt ein großer Teil des Volkes in den alten, faulen, faulen, noch hielten die Hände auf dunklen, stinkenden Höhen, und in Werkstätten, die nie ein warmer Lichtstrahl erhellt, schaffen fleißige Hände. Aber wer wollte die alten Mauern niederreißen, ehe die neuen sich erheben? Es handelt sich ja nicht um ein, nicht um zehn oder hundert Häuser — eine ganze neue, große Welt mit allen Schöpfungen erbaute werden! Ist es ein riesenhafter Werk einem Volke zur Aufgabe geworden. Und nie auch waren die Schwierigkeiten so ungenügend wie jetzt, da das Land arm, von den meisten Hilfsmitteln entblößt ist und die schmerzliche Hand der feindlichen Staatsmänner und Kapitalisten nach dem Rücken greift, was uns verbleibt. Aber während wir die Faust der kriechenden Gewaltmenschen im Genick verspüren, fragen wir: Können wir das? Die neue, hellere Welt ist erbaute werden. Der Geist der Pfingsten, die Kraft gewaltigen Erneuernden hat das hässliche Weltwerk niedergebaut, und mag sein Siegeszug schneller oder langsamer fortschreiten — das Ziel ist ihm sicher.

Der Geist bringt stets voran. Nur allmählich kann ihm die schwerfällige Materie folgen. Das Bild noch vierzigjährigen Meilen in der Stunde, das Wort (der Schall) folgt ihm wesentlich langsamer von Ohr zu Ohr, der Tat aber braucht Zeit und wieder Zeit, um sich die Wege zu bahnen. Jeder Stein, den Du auf oder zu einem anderen fährst, erfordert mehrere Handreich. Aber zuweilen wird an der Sonne, weil sie zuweilen von Wolken verbüllt wird?

Wird? Sie ruht sie, und: „Wie stille steht der Geist...“ Auch der Pfingstgeist nicht. Er wird, mag es zweifeln auch anders scheinen, das große Wunder vollbringen, daß alle Völker die Sprache aller anderen verstehen. Was heute auseinanderklafft, er wird's verbinden und zusammenfügen. Der einzige Wille aller Schöpfenden wird in feurigen Jungen reden und das große Werk der Menschheitserneuerung vollbringen — allen großen Hassen und beschämten Straußes zum Tod.

Stark ist das Licht, allmächtig der Geist.

Er hat eine alte Welt in Schutt gelegt, er wird eine neue erbauen. Eine Welt, in der die Sonne allen Menschenkindern scheint, in der die Quellen des Wissens allen Durstigen speubeln, in der die Blumen allen Augen blühen werden.

Es kommt der Tag.

Harle Bedingungen haben die Feinde unsern Volk auferlegt. Man will es wirtschaftlich niederhalten auf lange Zeit, seine freie wirtschaftliche Entfaltung zurückdrängen, damit es ewig scheitert in langsame wirtschaftlichen Bahnen. Können sie das? Können sie, die Menschen sind von Fleisch und Blut, die Entwidlung hemmen, die aus ewigen Gefühlen geboren ist und elementar ist in ihrer Art und Wirkung? Wie war es mit uns? Mit der Bewegung des proletarischen Volkes, als auch unsere Entwidlung imperialistische Macht zu kommen suchte? Wie war es klein, blieb zurück unser Völkchen? Oder waren wir es nicht, die jene imperialistische Diktatur für ewige Zeit befestigten?

Das einzige herrschende Gesetz der Welt ist das Prinzip der Entwidlung. Eine ewige, unabänderliche, gewaltige Kraft, gegen die ohnmächtig ist der Mensch, und wenn er sich noch so mächtig dünkt. Aufstehen kann er die wohl auf ihrem Wege, das sammelt sie dann vor dem Genium ihre fremde Energie, um mit elementarer Gewalt, wenn ihre Zeit gekommen, niederzujagen all den Land, aber im Wege liegt, und mit aufgeschwelter Kraft dann

um so schneller zu gehen ihren natürlichen notwendigen Weg. Das Prinzip der Entwidlung aber ist das Streben zur Freiheit der Persönlichkeit in einer Einheit. Darum wurde immer größer, der Persönlichkeitsraum, darum immer größer der Kreis des Zusammenlebens. Und was ist es, das in der Bewegung des arbeitenden Volkes auch wir wollen, das auch wir erstreben in unserm Gewerkschaftskampf? Frei wollen wir sein, körperlich, geistig und sittlich, eine freie Persönlichkeit, nicht nur politisch, auch in unserer Arbeit, die den Reizpunkt unserer Existenz bildet. Und diese Freiheit kann nur gegeben in einer auf Freiheit gegründeten harmonischen Einheit. Und weil wir somit in unserm Kampf die Träger der natürlichen Entwidlung sind, so sind wir, im Gegensatz zu jenen imperialistischen Zolengräbern ihrer eigenen Macht, Faktoren der Entwidlung.

Und wie wir, so führen unsere Brüder in den anderen Ländern auch ihre gewerkschaftlichen Kämpfe. Alle um das eine gleiche Ziel und alle vereint, verlangen wir die Beachtung des einen gleichen Prinzips der Freiheit in Einheit auch im Zusammenleben der Völker. Und wenn der Imperialismus dem gegenüber, wenn er die Macht will statt des Rechts, die Faust hat des Sines und des Hergens, dann werden alle die Empörung und Entwidlung, alle die unerwartete Überzeugung von der Notwendigkeit einer sittlichen Welt bei unsern Arbeitsschreibern überall auf dem Erdenrund woller und weiter wachsen das Hirn und das Herz und in ihnen entzünden all die aufgeschaltene Entwidlungenergie, bis das Volk voll ist und die Leidenschaft des Hergens überläuft und sie an einem Tage vernichtet, was man glaube geschaffen zu haben für ewige Zeit.

Die Entwidlung ist das Gesetz der Welt, zu Freiheit in Einheit geht ihr natürliches Streben, das proletarische Volk mit seinem Freiheitskampf ist allein ihr Träger. Und daraus werden wir frei und glücklich werden, wenn die proletarische Freiheitsidee in aller Welt aufgefunden ist, spricht auch mit noch so wollen Danden der Imperialisten Mund.

Dr. Gustav Hoffman.



gehenden Zwang errichteten Arbeitskammern. Der öffentlich-rechtliche Charakter kann, wie dies in ähnlichen Fällen schon geschehen ist, durch Gesetz übertragen werden. Daneben sind jedoch territoriale Arbeitskammern zu errichten, die alle Arbeitnehmer umfassen, was bei den Jagdgruppen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber häufig, nicht der Fall ist. Durch Verordnung des Reichsarbeitsamtes sind in gewissen Arbeitskammern für Bergbau- und Hüttenbetriebe errichtet worden, und die Schaffung ähnlicher oder bezugsweise zu organisierender Vertretungen der Arbeitnehmer wurde durch die Reichsregierung angeordnet. Somit ist eine Vertretung der Arbeitnehmer angeordnet, die weit über das hinausgeht, was das frühere Arbeitskammergesetz bringen sollte.

Der Kriegsausgang für Konventionen-Interessen sollte beschäftigt, seine Tätigkeit über den Krieg hinaus fortzuführen und forderte eine Erhöhung der Beiträge. Die Generalkommission lehnte die Beitrags-erhöhung ab, weil sie der Auffassung ist, daß die Tätigkeit des Ausschusses nach Kriegsende eingestellt sei.

In den Vorarbeiten für die Demobilisierung hat die Generalkommission sich überall dort beteiligt, wo die Aussicht auf eine erfolgreiche Lösung der schwierigen Fragen zu finden war. Die verschiedenen Komitees in den Ministerien arbeiteten jedoch durch- und gegeneinander, und die Gesetze bestanden, daß bei der Demobilisierung die Generalkommission sich überall dort beteiligt, wo die Aussicht auf eine erfolgreiche Lösung der schwierigen Fragen zu finden war.

Die verschiedenen Komitees in den Ministerien arbeiteten jedoch durch- und gegeneinander, und die Gesetze bestanden, daß bei der Demobilisierung die Generalkommission sich überall dort beteiligt, wo die Aussicht auf eine erfolgreiche Lösung der schwierigen Fragen zu finden war.

Die verschiedenen Komitees in den Ministerien arbeiteten jedoch durch- und gegeneinander, und die Gesetze bestanden, daß bei der Demobilisierung die Generalkommission sich überall dort beteiligt, wo die Aussicht auf eine erfolgreiche Lösung der schwierigen Fragen zu finden war.

Die verschiedenen Komitees in den Ministerien arbeiteten jedoch durch- und gegeneinander, und die Gesetze bestanden, daß bei der Demobilisierung die Generalkommission sich überall dort beteiligt, wo die Aussicht auf eine erfolgreiche Lösung der schwierigen Fragen zu finden war.

Die verschiedenen Komitees in den Ministerien arbeiteten jedoch durch- und gegeneinander, und die Gesetze bestanden, daß bei der Demobilisierung die Generalkommission sich überall dort beteiligt, wo die Aussicht auf eine erfolgreiche Lösung der schwierigen Fragen zu finden war.

Die verschiedenen Komitees in den Ministerien arbeiteten jedoch durch- und gegeneinander, und die Gesetze bestanden, daß bei der Demobilisierung die Generalkommission sich überall dort beteiligt, wo die Aussicht auf eine erfolgreiche Lösung der schwierigen Fragen zu finden war.

Die verschiedenen Komitees in den Ministerien arbeiteten jedoch durch- und gegeneinander, und die Gesetze bestanden, daß bei der Demobilisierung die Generalkommission sich überall dort beteiligt, wo die Aussicht auf eine erfolgreiche Lösung der schwierigen Fragen zu finden war.

Die verschiedenen Komitees in den Ministerien arbeiteten jedoch durch- und gegeneinander, und die Gesetze bestanden, daß bei der Demobilisierung die Generalkommission sich überall dort beteiligt, wo die Aussicht auf eine erfolgreiche Lösung der schwierigen Fragen zu finden war.

Die verschiedenen Komitees in den Ministerien arbeiteten jedoch durch- und gegeneinander, und die Gesetze bestanden, daß bei der Demobilisierung die Generalkommission sich überall dort beteiligt, wo die Aussicht auf eine erfolgreiche Lösung der schwierigen Fragen zu finden war.

Die verschiedenen Komitees in den Ministerien arbeiteten jedoch durch- und gegeneinander, und die Gesetze bestanden, daß bei der Demobilisierung die Generalkommission sich überall dort beteiligt, wo die Aussicht auf eine erfolgreiche Lösung der schwierigen Fragen zu finden war.

14 986,84, Zentralarbeitssekretariat 11 741,57, Sozialpolitische Abteilung 11 889,01, 11 Bezirkssekretariate und 54 Arbeitersekretariate erhielten laufende Zuschüsse.

Das „Correspondenzblatt“ mußte sich auch im vorigen Jahre infolge des Papiermangels mit einem erheblich eingeschränkten Umfang begnügen, so daß es der Redaktion unter diesen Verhältnissen recht schwer war, den Ansprüchen auf Raum gerecht zu werden. Sie mußte sich in erster Linie den sozialpolitischen Aufgaben der Kriegs- und Übergangszeit widmen, hat aber auch die eigentlichen gewerkschaftlichen Probleme nicht vernachlässigt. Eine besondere Kritik über den gewerkschaftlichen Wiederaufbau nach dem Kriege ist später im Nachhinein veröffentlicht worden. In sozialpolitischer Hinsicht hat die Redaktion an den verschiedensten Problemen mitgearbeitet, eine Zeitschrift über die geistliche Regelung der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung und eine Propagandaschrift für den Arbeitskammergeheimbund der Gewerkschaften verfaßt. Seit Beginn des Jahres 1919 gibt die Redaktion den „Gewerkschaftlichen Anzeiger“ heraus, der durch Druck vereinfacht und der gesamten gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterpresse sowie den größeren bürgerlichen Werten zugeführt wird.

Das polnische Blatt „Oswiata“ ist mit Ausnahme der beiden Monate August-September regelmäßig vierzehntägig in einer durchgängigen Auflage von 8975 Exemplaren erschienen. Die Auflage ist gegenüber dem Vorjahre um 9975 Exemplare gestiegen. Die Generalkommission hat im Verlaufe der 14 verflochtenen Schriften herausgegeben, beziehungsweise zum ermäßigten Preis für die Gewerkschaften vermittelt, über die der Bericht nähere Angaben macht.

Das Arbeiterinnensekretariat hat auch im Verlaufe der Redaktion der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ bestanden. Der Auflage auf über 200 000 Exemplare gestiegen. Im übrigen ist in den ersten Kriegsjahren der Kampf um eine Reform und die Erweiterung der Gewerkschaften in der Gewerkschaftsbewegung tätigen Arbeiterinnen, die Auskünfte über Material für Meister und Wagnisse wünschenswert.

Über die Tätigkeit der Sozialpolitischen Abteilung ist zu berichten, daß zu Beginn des Jahres 1919 der Kampf um eine Reform und die Erweiterung der Gewerkschaften durch Anstellung von Arbeiterkonferenzen bei der Gewerkschaften und den gewerkschaftlichen Berufsvereinigungen in den Vordergrund trat. Neben dem Kampf in der Presse wurden in dieser Sache Eingaben an das Ministerium des Innern, das Ministerium der öffentlichen Arbeiten und das Ministerium für Handel und Gewerbe in Preußen sowie an den Reichstag, an das Reichsjustizamt und an den Reichsausschuß für Wagnisse eingereicht. Das Zentralarbeitssekretariat hat in dieser Hinsicht 587 im Jahre vorher. Sie betrafen Unfallversicherung in 478 Fällen, Krankenversicherung 58, Krankentagegeld 14, Knappschaftsversicherung 7, Kriegsfragen 26, Zivilstand in 18 Fällen. Außerdem mußte im Verlaufe der Zeit auf 1633 Anfragen geantwortet werden in Sachen, die mit den schwebenden Streitfällen nicht in Zusammenhang standen.

Über die Tätigkeit der Sozialpolitischen Abteilung ist zu berichten, daß zu Beginn des Jahres 1919 der Kampf um eine Reform und die Erweiterung der Gewerkschaften durch Anstellung von Arbeiterkonferenzen bei der Gewerkschaften und den gewerkschaftlichen Berufsvereinigungen in den Vordergrund trat. Neben dem Kampf in der Presse wurden in dieser Sache Eingaben an das Ministerium des Innern, das Ministerium der öffentlichen Arbeiten und das Ministerium für Handel und Gewerbe in Preußen sowie an den Reichstag, an das Reichsjustizamt und an den Reichsausschuß für Wagnisse eingereicht. Das Zentralarbeitssekretariat hat in dieser Hinsicht 587 im Jahre vorher. Sie betrafen Unfallversicherung in 478 Fällen, Krankenversicherung 58, Krankentagegeld 14, Knappschaftsversicherung 7, Kriegsfragen 26, Zivilstand in 18 Fällen. Außerdem mußte im Verlaufe der Zeit auf 1633 Anfragen geantwortet werden in Sachen, die mit den schwebenden Streitfällen nicht in Zusammenhang standen.

Über die Tätigkeit der Sozialpolitischen Abteilung ist zu berichten, daß zu Beginn des Jahres 1919 der Kampf um eine Reform und die Erweiterung der Gewerkschaften durch Anstellung von Arbeiterkonferenzen bei der Gewerkschaften und den gewerkschaftlichen Berufsvereinigungen in den Vordergrund trat. Neben dem Kampf in der Presse wurden in dieser Sache Eingaben an das Ministerium des Innern, das Ministerium der öffentlichen Arbeiten und das Ministerium für Handel und Gewerbe in Preußen sowie an den Reichstag, an das Reichsjustizamt und an den Reichsausschuß für Wagnisse eingereicht. Das Zentralarbeitssekretariat hat in dieser Hinsicht 587 im Jahre vorher. Sie betrafen Unfallversicherung in 478 Fällen, Krankenversicherung 58, Krankentagegeld 14, Knappschaftsversicherung 7, Kriegsfragen 26, Zivilstand in 18 Fällen. Außerdem mußte im Verlaufe der Zeit auf 1633 Anfragen geantwortet werden in Sachen, die mit den schwebenden Streitfällen nicht in Zusammenhang standen.

Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften.

In der Nummer 19 des „Grundstein“ teilten wir mit, daß die Konferenz der Verbandsvorstände am 25. April Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften beschlossen habe. Diese bringen wir hiermit zur Kenntnis unserer Kollegen. Sie lauten:

1. Die Gewerkschaften haben in der Periode der unvollständigen Wagnisverteilung den Kampf um Klassenkampf ergriffen. Sie haben große Massen der Arbeiter in starken Verbänden gegen die Unternehmer vereinigt, sie in Kämpfen geführt und durch wirtschaftliche Bildung zur Erkenntnis ihrer Lage und zum Verständnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge gebracht. Die Gewerkschaften haben in jahrelanger Tätigkeit, in dem Kampf um die Interessen der Arbeiter nicht nur Arbeitsverhältnisse und Lohnbedingungen abgerufen, sondern auch die Stellung der Arbeitnehmer in den von den Gewerkschaften beeinflussten Betrieben der Arbeitgeberwelt entgegen. Sie haben der Arbeiterwelt die Anerkennung ihrer Organisation als gleichberechtigten Vertragspartner erwirkt und in beträchtlichem Umfang die gewerkschaftlichen Erfolge durch kollektive Arbeitsverträge gesichert. Sie haben ferner die Umwandlung des Arbeitsrechts, vordem ein einseitiges Privatrecht des Unternehmers, zum paritätischen Recht zwischen Arbeitgeber und Arbeiter herbeigeführt, und die Gesetzgebung einen steigenden Einfluß ausgeübt.

2. Am Vorabend der politischen Revolution hatten die Gewerkschaften die Unternehmer bereits zur Erfüllung der wesentlichen Arbeiterforderungen gezwungen und sie auf den Weg der wirtschaftlichen Demokratie gedrängt, durch Schaffung von Arbeiterparlamenten, in denen alle Fragen des Wirtschaftslebens und der Sozialpolitik in gleichberechtigter Vertretung von Unternehmern und Arbeitern gelöst werden sollten. Alle diese Erfolge der Gewerkschaften sind wertvolle Errungenschaften, haben aber die berechtigten Forderungen der Arbeiterwelt und somit die Aufgaben der Gewerkschaften erst zum Teil erfüllt. Der Kampf der Gewerkschaften muß deshalb fortgesetzt werden.

3. Die Revolution hat die politische Macht der Arbeiterklasse gestärkt und damit zugleich ihren Einfluß auf die Gestaltung der Volkswirtschaft vergrößert. Der Wiederaufbau der durch den Krieg gerüttelten Volkswirtschaft wird sich in der Richtung der Gemeinwirtschaft, unter fortwährendem Abbau der Privatwirtschaft vollziehen. Diese Umwandlung muß planmäßig betrieben werden und wird von den Gewerkschaften gefördert.

4. Die Gewerkschaften erwidern im Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation. Die von ihnen erzielte Betriebsdemokratie und Umwandlung der Gewerkschaften in Kollektivverträge sind wichtige Vorarbeiten für die Sozialisierung. Die weitere Mitarbeit der Gewerkschaften auf diesem Gebiet ist unentbehrlich.

5. Die Gewerkschaften haben auch in der Gemeinwirtschaft und selbst in völlig sozialisierten Betrieben die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber Betriebsleitung, Gewerkschaften und Staat zu vertreten. Sie sind deshalb auch im Zeitalter des Sozialismus notwendig. Die soziale Fürsorge der Gesellschaft macht die gegenseitige Hilfe der Arbeiter in ihren Organisationen nicht entbehrlich. Die Gewerkschaften fordern von der Gesellschaft eine ausreichende Fürsorge für die Bedürftigen, insbesondere für die Erwerbsfähigen, Erwerbsbeschränkten und ohne eigenes Verdienen Erwerbslosen. In dem Maße der Wichtigkeit und Sicherung dieser öffentlichen Fürsorge können die gewerkschaftlichen Unterstüßungseinrichtungen abgebaut werden.

Nach dem Leben des fünften Absatzes müssen wir erst einmal halten. Während die ersten vier Absätze sich nur mit Vergangenes und Gegenwärtiges befassen, beginnt beim Absatz 5 die Zukunft. Also, die Gewerkschaften haben auch in völlig sozialisierten Betrieben die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber Betriebsleitung, Gewerkschaften und Staat zu vertreten. Zuerst die Frage an die vererbte Vorstandskonferenz: Wird es außer Arbeitnehmern in völlig sozialisierten Betrieben, Gemeinden und Staaten auch noch individuelle Arbeitgeber geben? Oder werden sich bilden nicht mehr als Arbeitgeber die Angehörigen der Zukunftsgesellschaft? Wir haben doch heute schon die gesetzliche Arbeitspflicht; nur, sie wird bisher nicht durchgeführt. In einem Gemeinwesen mit Arbeitspflicht kann es demnach nur noch Arbeiter geben, sobald das Unternehmertum beseitigt ist. Also bestehen auch Betriebsleitung, Gewerkschaften und Staatverwaltung aus Arbeitern. Die Gewerkschaften sollen demnach Arbeiterinteressen gegen Arbeiter wahrnehmen. Schön, es kann vorkommen, daß eine oder mehrere Berufsgruppen glauben, irgendeine benachteiligt zu sein, und daher in Konflikt mit der Gesellschaft geraten. Ist zur Abmilderung derartiger Konflikte der Gewerkschaftsapparat in seiner jetzigen Form nötig? Dann weiter: In welcher Hinsicht soll die gegenseitige Hilfe der Arbeiter in ihren Organisationen nicht entbehrlich sein; d. h. wie sollen weitere Erwerbslosenunterstützung usw. aussehen. Wir bedanken uns für eine sozialistische Gesellschaftsform, in der die Mitglieder noch weiter auf die paar Markt aus den Gewerkschaften angeworben werden. Wir sind nicht zufrieden mit der Schluß- und die Vorstandskonferenz die Beibehaltung ansehnend nur für die Übergangszeit will, wenn auch die beiden ersten Sätze etwas anders belegen.

6. Die Interessengegenstände zwischen Betriebsleitungen und Arbeitnehmern werden auch in der Gemeinwirtschaft nicht völlig beseitigt werden können. Selbst wenn Arbeitsverhältnisse infolge des sozialen Arbeitsrechts und demokratischer Mitverwaltung der Arbeitnehmer eingeschränkt werden können und im Interesse der sozialistischen Volkswirtschaft durch schiedsgerichtliche Verfahren nach Möglichkeit verhandelt werden müssen, können die Arbeitnehmer auf das Streikrecht nicht verzichten.

Von dem Arbeitnehmer konnte man sich auch im Absatz 6 noch nicht trennen. Aber, wenn die Betriebsleitungen in einem sozialisierten Betriebe oder Gemeinwesen nur Beauftragte der Arbeiter sind, bei weitem und gegen wen sollen dann die Arbeiter streiken? Werden sich die Betriebsleiter unter Umständen nicht freuen, wenn sie auf diese Art ein paar Wochen freier haben? Oder sieht man bei diesen oder weiteren Absätzen noch einen Sinn darin, Arbeitnehmern ein Streikrecht zu geben, das auf keinen Fall die Arbeiter streiken lassen, doch wohl nur auf Kosten der Allgemeinheit. Die Sache ändert sich nicht, der Streik ist in den Schranken des Streikrechts und so kann es sein. Der Streik liegt zwar in den Richtlinien; aber wer es endlich meint mit der sozialistischen Gesellschaft, der möchte alles tun, um ihn Theorie bleiben zu lassen.

7. Das Mittelbindungsrecht der Arbeiter muß bei der gesamten Produktion, vom Einzelbetrieb beginnend bis zu den höchsten Betriebs- oder Gemeinwesen der Organisation verwirklicht werden. Innerhalb der Betriebe sind freigelegte Arbeiterorganisationen (Betriebsräte) zu schaffen, die, im Einklang mit den Gewerkschaften und auf deren Macht gestützt, in Gemeinschaft mit der Betriebsleitung die Betriebsdemokratie durchzuführen haben. Die Grundbedingung der Verwirklichung des kollektiven Arbeitsvertrags mit gesetzlicher Durchsetzbarkeit. Die Aufgabe der Betriebsräte im einzelnen, ihre Pflichten und Rechte sind in den Kollektivverträgen auf Grund gesetzlicher Mindestbestimmungen festzulegen.

Sind wir mit dem Absatz 7 noch in der völlig sozialisierten Gesellschaft oder schon wieder in der Übergangszeit? Insbesondere ist der Inhalt völlig für die Zeitgenossen, so daß er vielleicht passender die Stelle des Absatz 5 einengen könnte.

8. Die Durchführung der in diesen Richtlinien aufgestellten Forderungen ist Aufgabe der gewerkschaftlichen Zentralorganisationen in den einzelnen Industrie- und Betriebszweigen, die sich im Deutschen Gewerkschaftsbund zu einer Gesamtvertretung der Arbeit vereinigt haben. Den zum Deutschen Gewerkschaftsbund gehörigen Gewerkschaften kann jeder Arbeiter und jede Arbeiterin beitreten. Politische oder religiöse Überzeugungen sind in diesen Organisationen kein Hindernisgrund für den Beitritt.

9. In den Gemeinwesen oder größeren Wirtschaftsbereichen übernehmen die aus Anwaltschaft mit beruflicher Gliederung hervorzuhebenden Arbeitkreise neben den innerhalb der allgemeinen Wirtschaftszusammenhänge gesetzlich zugewiesenen Pflichten und Rechten auch die sozialen und kommunalpolitischen Aufgaben der leitenden örtlichen Gewerkschaftsorgane. An Stelle der letzteren treten Ortsausschüsse des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die ihre Tätigkeit auf die rein gewerkschaftlichen Aufgaben beschränken und daneben die Verbindung der Gewerkschaften mit den Arbeiterräten herstellen.

Der Absatz 9 läßt unbestimmt, daß neben den Ortsräten der freien Gewerkschaften bisher auch örtliche Gewerkschaftsorgane, nämlich Deutsche Gewerkschaften und andere vorhanden sind. Die sich wirtschaftlich nicht ganz so freiwillig zum teilweisen Beitritt entschließen werden.

10. Stufen dieser örtlichen Arbeitkreise sind Arbeitervertretungen für größere Bezirke und für das Reich auf Grund von Urwahlen nach dem Verhältniswahlrecht zu

berufen. Dieselben können mit entsprechend zusammen-
gefügten Vertretungen der Betriebsleiter gemein-
politische und wirtschaftspolitische Angelegenheiten als Selbst-
verwaltungsglieder der Volkswirtschaft (Wirtschaftskammern)
behandeln, Gelegenheitsarbeiten ausarbeiten und begutachten sowie
Befugnisse für die Organisation der Betriebe und Mit-
schaffensorgane zu deren Sozialisierung ausarbeiten und auf
ihre Durchführung hinwirken.

11. Die Gewerkschaften können nach ihrem Charakter
als Vertretung reiner Arbeiterinteressen nicht selber Träger
der Produktion sein, als welche die Wirtschaftskammern zu
gelten haben. Ihnen fällt aber die Führung einer ziel-
bewußten Arbeiterpolitik innerhalb der Wirtschaftskammern
zu. Sie haben grundsätzliche und praktische Richtlinien für
die Arbeitervertreter aufzustellen und für die dauernde Ver-
bindung dieser Vertreter untereinander und mit den Ge-
werkschaften sorgen zu tragen. Sie müssen umfassende
Maßnahmen treffen, um die Interessen aller vorkom-
menden Fragen und Produktionsbedingungen, der Schicht-
und Betriebsverwaltung in der Arbeiterpolitik zu vertreten
und damit bei dieser die Kräfte auszuheben, die zur Durch-
führung der sozialistischen Wirtschaftsweise nötig sind.

Die letzten beiden Absätze machen ja wieder einen Schritt
in den „Zukunftssinn“, um sich hernach recht schnell auf
die Gegenwart zu beziehen. Die Vorstellung, daß ein latenter
Gegensatz zwischen Arbeitern und Betriebsleitern bestehen
müßte, spielt unserer Ansicht bei der ganzen Abfassung der
Richtlinien eine übergeordnete Rolle. Wenn die Gewerkschaften
ihrem Charakter nach Vertreter reiner Arbeiterinteressen sind
und wenn die Zukunftsgewalt nur aus Arbeitern besteht,
so vertreten die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit allgemeine
Interessen und die einzelne Gewerkschaft vertritt die Interessen
des Berufes gegenüber der Allgemeinheit. Das ist doch das
einzige Mögliche. Die „Richtlinien“ aber liegen anscheinend
immer voraus, daß noch eine größere Personenzahl übrig-
bleibt, die nicht Arbeiter sein werden. Da es nun in einer
Zeit, in der die Betriebe, die ganze Gesellschaft, völlig
sozialisiert sind, keine Unternehmen mehr geben kann, so
legen wir uns wohl mit Recht die Frage vor: Was
sind also jene Personen, die nicht Arbeiter sind? Oder
noch anders: Wird nicht die Bezeichnung „Arbeiter“ völlig
verschwinden, weil eben jeder Arbeitsfähige wirklich arbeitet?
Heute ist doch die Bezeichnung „Arbeiter“ nur gegenüber
gelehrten oder „Nichtarbeitern“.

Uns erscheinen die „Richtlinien“ als ein nicht glücklicher
Anpassungsversuch an die gegenwärtige und noch weniger an
die kommende Zeit. Vielleicht wäre es nützlicher gewesen,
die bestehenden Arbeiterorganisationen durch geistlichen
Austausch mit den Gewerkschaften der Arbeiter des betreffenden
Berufes zu machen, die besten dann jene Funktionen zu
übertragen, die zukünftig von den Arbeitern, Betriebs-
leitern usw. ausgeübt werden sollen. Die bisherigen gewerkschaftlichen Einrichtungen, Unterhaltungsvereine, Arbeitsver-
mittlung, könnten dann, den Zeitläuften entsprechend, langsam
abgebaut werden, um die Tätigkeit der Gewerkschaften in
einem inneren Umbau vornehmen können, der sie erst zu dem
machen würde, was sie bisher eigentlich nur dem Namen
nach sind, zu Gewerkschaften. Das, was wir zurzeit Ge-
werkschaften nennen, sind in Wirklichkeit Kampfbünde zur
Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Am die
Wirtschaft zu helfen, hat wenig mit unserer ursprünglichen
Einrichtungen zutun und ist eingeführt, aus denen sich
allmählich ein ganzes Verfassungsorgan entwickeln hat. Ist
die Menschheit sozialisiert eingetretet, so wird man das
Verfassungsorgan wissen können; denn die Sozialisierung
hilft seinen Zweck, wenn die in der Welt lebenden Menschen
wie bisher auf private oder korporative Unterbringung an-
gewiesen waren.

Das Wort „Gewerkschaften“ ist absoluten von „Wert“.
Die an einem Wert Beschäftigten waren im Mittelalter die
„Gewerken“. Das Wort hat sich im Verlauf bis heute
schlechte und heutzutage (fast) ausschließlich auf einen
Grube Gewerken. Zu den Gewerken gehören aber von Rechts
wegen alle an Wert Beschäftigten, also besonders die Arbeiter.
Da es nun in der sozialistischen Gesellschaft nur Arbeiter
geben wird, so sind diese einzeln die Gewerken, bilden also
Zusammengefaßt die Gewerkschaft. Diese Gewerkschaft wird
keine Unterfunktion sein, sondern die Gewerkschaften sind
Zusammenfassungen der Gewerkschaften, die sich bilden werden.
Unsere Kollegen werden hier sagen: Das wird also dann
das Ende der Gewerkschaften! Ja und nein! Der für uns
bisher wichtigste Teil der gewerkschaftlichen Tätigkeit wäre
erloschen, dafür aber würde sich eine Fülle anderer Aufgaben
ergeben. Die Unternehmer wären verschunden. Aber würde
um die Regelung ihrer beruflichen Angelegenheiten vornehmen,
beispielsweise die Unfallversicherung, Lehrlingsausbildung,
Fortbildungsinstituten überhaupt, die Bildung von Maß-
stäben für Betriebsräte, den Interessenausgleich mit
andern Berufen usw.? Heute vermag noch niemand alle
die Aufgaben zu übernehmen, welche unsere verschiedenen
Organisationsbureaus dann ein anderes Gesicht haben als
heute. Mancher alte Kollege, der als Vereinsleiter jahrelang
treu und redlich seine Pflicht erfüllte, mag sich sagen: „Darin
finde ich für mich keinen passenden Platz! Aber für unsere
Jungen und in ehrenvoller Weise freudigen Kollegen müssen
diese Aufgaben außerordentlich notwendig sein.“

Eine derartig gründliche Umwälzung wird natürlich trotz
der Revolution nicht von heute auf morgen vor sich gehen,
es können Jahre und Jahrzehnte darüber hingehen. Aber in
der Zwischenzeit liegt alles, so daß wir ständig um Ums
und Umbau unserer gewerkschaftlichen Einrichtungen zu
sorgen müssen. In der Zwischenzeit hätten aber auch die Gewerkschaften
sehr nützlich sein können, wenn man ihnen von vorn-
herein die Funktionen der Arbeiterräte zugeordnet hätte. Das
sonnte natürlich nur geschehen, wenn man alle Arbeiter gesetz-
lich verpflichtete ihrer Berufsorganisation beizutreten und
die Unorganisierten von „Wahlrecht“ auszuheben. Die Unter-
nehmer haben derzeitige Organisationsfunktionen seit mehreren
Jahrzehnten zu deren Kosten alle beitragen müssen, ob es
ihnen gefällt oder nicht. In der Zwischenzeit wird man auch
Verbindungen suchen müssen zwischen den Organisationen der
Handarbeiter und der Kopfarbeiter der einzelnen Berufe. Denn,
wenn sozialisiert wird, so werden beide oft eine dieselbe Ver-
ständigung nötig haben. Bisher galt für beide der Befehl
des Unternehmers.

Um zum Schluß nochmals auf die „Richtlinien“ zurück-
zukommen, sagen wir: Es wäre uns zweckmäßiger erschienen,

wenn die Konferenz sich damit begnügt hätte, nur die Lieber-
stellen den Anfeindern, als könne sie sich ein Leben ohne
Unternehmer oder Unternehmererfahrungen nicht gut vorstellen.

Konferenz der Vertreter der Verbände- Vorstände.

Am 13. und 14. Mai tagte in Berlin eine Vorstandskonferenz
der Gewerkschaften. Einleitend gab Legien einen Bericht über
die gegenwärtige Situation angedeutet, daß von der Seite
und angeblichen Friedensvertrags, der an Schwere alles
übertrifft, was das deutsche Volk während des Krieges durch-
leben mußte. Aus Äußerungen französischer Arbeiterblätter
legte er dar, daß man dem deutschen Volk eine fünfjährige
Schlacht für die Ententevölker aufzulegen will, um die Ver-
brechen seiner früheren Machthaber zu bezahlen. Von den
durch die internationalen Konferenzen in Leeds und Bern
aufgestellten Arbeiterforderungen ließe sich nichts im Friedens-
vertrag. Vielmehr solle erst eine Konferenz im Oktober dieses
Jahres in Washington, an der der Arbeiterklasse nur ein
Viertel der Vertretung zuzugewiesen soll, mit Zweidrittelmehrheit
darüber entscheiden, was an Arbeiterrecht in den Völkerver-
trag aufgenommen werden soll. Dazu solle der fünftägige Völkerver-
trag nur 2 Gruppen von Mitglidern vor, die Gründungsmit-
glieder sowie die später einladenden Mitglieder. Zu beiden
Gruppen sei Deutschland nicht zugelassen, sondern es könne
höchstens später durch einen Zweidrittelmehrheitsbeschluss
gelassen werden. Legien hat deshalb einen Aufruf an die
Arbeiter aller Länder vorbereitet, der durch Funkentelegraphie

Das Wachstum des Verbandes geht regelmäßig weiter. Wir haben jetzt über 320 000 Mitglieder.

verbreitet werden soll. Weiter gab Legien den Wortlaut des
Memorandums der deutschen Friedensdelegation zur Frage
des internationalen Arbeiterrechts zur Kenntnis. Er er-
regte die Aufmerksamkeit der Teilnehmer auf die Er-
folge der Friedensdelegation, so seien auch die Er-
folge der deutschen Delegation in Genf, um die Ver-
träge zu beschließen, ein Aufbruch in die organisierte Arbeiterwelt aller
Länder zu richten und wählte eine Debattekommission zur
dieser Ausarbeitung. Weiterhin beschloß die Konferenz, am
18. Mai nur bis 4 Uhr nachmittags zu tagen, um den Vorstands-
vertretern Gelegenheit zur Teilnahme an den großen
Demonstrationen zu geben.

In Sachen des Grenzstreits zwischen den Ver-
bänden der Borgellanarbeiter und Fabrikarbeiter berichtet im
Namen der hierzu eingesetzten Prüfungskommission Dr. un-
ter. Der Streit entstand daraus, daß den Fabrikarbeitern in zwei
Fällen Streikrecht vorgeworfen worden sei. Der Vorstand
des Borgellanarbeiterverbandes war bereit, diese Vorwürfe
zurückzunehmen, wenn der Vorstand des Fabrikarbeiterver-
bandes den gegen den Vorstand des Borgellanarbeiterverbandes
erhobenen Vorwurf der Enttötung, Verhöhnung und Ver-
ächtung ebenfalls zurücknimmt. Die Kommission empfahl,
daß beide Verbände diese Vorwürfe zurückzunehmen ab-
geben, damit die noch vorhandenen Grenzstreitigkeiten durch
gemeinsame Verhandlungen geregelt werden können. Der
Vertreter der Borgellanarbeiter ist dazu sofort bereit, der
Vertreter der Fabrikarbeiter will in seinem Vorstand für die
Wohlfahrt des Kommissionsbeschlusses hinwirken. Nach
dieser Entscheidung beschloß die Konferenz, dem Vorstand
Kommission zuzustimmen, daß die beiderseitigen Streitigkeiten
kein Hindernis seien, die strittigen Grenzfragen durch ein
Schiedsgericht zu erledigen. Die Konferenz fordert daher die
beiden Verbände vorstehend auf, innerhalb vier Wochen ihre
Vertreter für ein Schiedsgericht zu wählen.

Zu der Bildung des Lehrlingsver-
bands sah man sich für jedes Gewerbe paritätische Zentral-
kommissionen vor, die über Zahl der Lehrlinge, Art der
Ausbildung, Arbeitszeit, Dauer der Lehrzeit usw. Bestim-
mungen auszuarbeiten haben. Ferner müßten für jeden Stadt-
und Landkreis paritätische Bezirkskommissionen eingesetzt
werden, die die Durchführung der Vorarbeiten übernehmen
sowie darüber entscheiden, wer von den Arbeitgebern Lehrling-
stellen halten dürfe. Die Dauer der Lehrzeit soll im allgemeinen
drei Jahre nicht übersteigen, müßte sich aber nach den Be-
dürfnissen des Gewerbes richten. Die systematische Ausbildung
der Lehrlinge müßte durch Lehrpläne geregelt und deren Durch-
führung durch Prüfungsstellen überwacht werden. Bei
unzureichender Ausbildung müßten die Lehrlinge in einen
anderen Betrieb auf Kosten des bisherigen Lehrmeisters oder
des Gesamtgewerbes überträgt werden. Seimarbeitern
ist die Ausbildung der Lehrlinge grundsätzlich zu verweigern.
Der Fach- und Berufsbildungsausschuss müßte in die
tätige Arbeit einbezogen werden. Die Zentralkommissionen haben
auch ein einheitliches Regelbuch festzusetzen. Auch die Groß-
industrie müßte verpflichtet werden, Lehrstellen in ihren Be-
trieben einzurichten. Lehrverhältnisse seien nur im Anschluß
an praktische Betriebe einzurichten. Durch Sammellehrver-
träge könne die Wirtschaftliche der Kleinbetriebe ergänzt und
besonders begünstigten jungen Leuten Gelegenheit zur Ver-
bildung gegeben werden. Ferner seien geeignete Maßnahmen
für Prüfung der Berufsausbildung sowie für Berufsberatung
zu treffen, woran sich die Lehrstellenvermittlung an-
schließen habe. Die Frage der weiblichen Lehrlinge sei durch
die Zentralkommissionen zu regeln. Den jungen unorganisierten
Arbeitslosen sei Gelegenheit zu fachspezifischer Ausbildung zu
geben. In der Aussprache wurde auf die tarifliche
Regelung des Lehrlingswesens hingewiesen und weiterhin
verlangt, daß die gesetzlichen Bestimmungen über das Lehr-

lingswesen geändert werden durch Ausschaltung der Hand-
werkstammern und Zünfte und Übertragung der Lehrling-
regulierung auf die Organisation der Arbeitgeber und
Arbeiter.

Ueber die Veranstaltung gewerkschaftlicher
Unterrichtskurse referierte Unbrecht, daß das ge-
waltige Wachstum der Gewerkschaften die Heranbildung einer
breiten Mittelschicht, von Gewerkschaftsleitern, vor allem
in den Betrieben, notwendig mache, die imstande sind, den
großen Aufgaben der Gewerkschaften in bezug auf Wieder-
aufbau des Wirtschaftslebens, Arbeitsgemeinschaft, Betriebs-
demokratie und Arbeitervertretung sowie Vorbereitung der
Sozialisierung zu genügen. Diese Kurse sollen in den Be-
trieben und zwar zunächst in den Groß- und Mittelfabriken
über 50 000 Einwohner veranstaltet werden. Abendkurse seien
und etwa 4 Wochen dauernd. Als Unterrichtsgegenstände sind
in Aussicht zu nehmen: Tarif- und Schlichtungsfragen, Arbeiter-
vertretung und gewerkschaftliche Organisation und Angelegen-
heiten. Als Lehrer kommen die Gewerkschaftsleiter, Betriebsräte
und Teilnehmer früherer Unterrichtskurse in Frage. In der
Aussprache wird auf die Notwendigkeit von Kursen für
Sozialökonomie und öffentliche Verwaltung hingewiesen. Die
Konferenz stimmte den Vorschlägen zu und ersuchte die Ge-
neralkommission, bis zur nächsten Konferenz über die Kosten-
regelung Beschlüsse zu machen.

Eine Resolution des Holzarbeiterverbandes, die die Herab-
setzung der Lebensmittelpreise fordert, gibt dem Reichs-
ernährungsminister Schmidt Anlaß, zu erklären, daß in ab-
sehbarer Zeit an eine Herabsetzung der Höchstpreise der
wichtigsten Lebensmittel nicht zu denken, sondern im
Gegenteil mit weiteren Steigerungen zu rechnen sei, da die
Produktionskosten gestiegen seien. Erst wenn die letzteren
sinken, oder wenn ein starkes Angebot von ausländischen
Lebensmitteln zu erwarten sei, könne eine Herabsetzung der
Höchstpreise in Frage kommen. Die hohen Schleich-
handelspreise könnten hingegen durch bessere Organi-
sation der Lebensmittelversorgung auf dem Lande bekämpft
werden. Leider haben die Landarbeiter und Bauernrechte
dabei völlig versagt und seien zu einem großen Teil sogar
Träger des Schleichhandels geworden. Es müßte daher der
ländliche Ausrüstungsapparat reorganisiert und durch ländliche
Vertriebsstellen die Kontrolle auf dem Lande durchgeführt werden.
Der Minister hofft, daß wir mit den Getreideverordnungen bis
zur neuen Ernte auskommen und die Produktion aufrecht-
halten können. Schlichter sehe es mit Kartoffeln und Fleisch
aus. Kartoffeln seien vom Auslande zu sehr hohen Preisen,
als sie zu Genante zu bekommen, um die hohen Höchst-
preisen, um den Gemeinden Kartoffeln zu erteilen. Die Preise
zur Verfügung zu stellen. Hinsichtlich der Fleischversorgung
könne für die nächste Zeit keine Sicherheit für die Lieferung der
bisherigen Nationen übernommen werden, da schließliche
Eingriffe in die Viehhaltung nicht bloß den Wälderpruch, sondern
auch den Viehbestand der Landbevölkerung herabzusetzen würden.
Die Einfuhr fremder Lebensmittel sei nur möglich durch
Erhöhung unserer Ausfuhr. Es sind deshalb wesentliche
Ausfuhrerleichterungen für industrielle Erzeugnisse in Aussicht
genommen. Es sind bereits namhafte Umschlüsse für Lebens-
mittel eingeleitet, die indes, auf 50 Millionen Reichsmark
berechtigte verteilt, recht geringe Quantitäten ergeben. In erster
Angelegenheit sollen die Bergarbeiter und Industriegebiete sowie die
Großstädte mit fremden Lebensmitteln versorgt werden. Bei
der Einfuhr soll die Zentralisation durch stärkere Beteiligung
des freien Handels erzielt werden. In der Aussprache war
bevorzugt der Meinung, daß der Schleichhandel wirksamer
bekämpft werden könne, wenn der Käufer nicht selbst strafbar
gemacht werde. In übrigen wurde über sehr ungleiche Er-
fassung des Viehes und über große Kartellverordnungen in
manchen Dörfern berichtet. Der Reichs ernährungsminister
erwiderte, daß nach der gegenwärtigen Viehhaltung der Käufer
nicht strafbar sei. Es unterliege das Vieh den Höchstpreisen
die Bekämpfung noch viel zu wenig. Die Konferenz faßt das
Ergebnis der Aussprache in der Einschließung zusammen,
daß sie von der Regierung sofort schärfste Maßnahmen gegen
Preiswucher und Schleichhandel fordert, weil diese die Ursache
seien, daß die Arbeiterklasse immer höhere Lohnforderungen
stellen müsse.

Die Kommission, die mit der Ausarbeitung eines Auf-
rufes gegenüber den Friedensbedingungen
der Welt im Auftrage beauftragt war, legt der Konferenz einen
Entwurf vor, dem die Konferenz zustimmt. Wir haben den
Wortlaut des Aufrufes, der telegraphisch verbreitet und den
Landeszentralen der Gewerkschaften übermittelt werden soll,
bereits in Nummer 21 des „Grundstein“ wiedergegeben.

Die Konferenz ging dann zur Beratung des Entwurfs
der Satzungen des Deutschen Gewerkschafts-
bundes über. Als Berichterstatter des Verfassungsaus-
schusses berichtet Legien, daß der Name „Deutscher
Gewerkschaftsbund“ schon 1896 auf dem Berliner Kongreß
vorgeschlagen, aber aus Zweckmäßigkeitsgründen die Gründung
eines Bundes vertagt worden sei. Die Konferenz beschloß, dem
Bund den Namen zu geben: „Allgemeiner Deutscher Gewerkschafts-
bund“. Die Einleitung zu den Satzungen erklärt, daß eine
Gewerkschaft ihre Aufgaben nur erfüllen kann, „wenn
sie sich als Zentralisation eines Berufs oder einer Industrie-
gruppe über das ganze Land ausbreitet“. Ein Antrag der
Vorstände der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Eisen-
bahner auf Streichung der Worte „eines Berufs oder einer
Industriebranche“ wird gegen 6 Stimmen abgelehnt. In
übrigen wird der vorgelagte Satzungenentwurf ohne wesentliche
Änderungen angenommen.

Der diesjährige Gewerkschaftskongreß
in Nürnberg beginnt am 30. Juni. Vor dem Kongreß soll
eine Konferenz der Arbeitervertreter am 27. Juni und die
nächste Vorstandskonferenz am 28. Juni in Nürnberg statt-
finden. Am Schluß der Konferenz sprach der Vorsitzende
des Deutschen Landarbeiterverbandes, G. Schmidt, über die
Geschichte des Bundes und die Bedeutung der Gewerkschaften
für die Wirtschaft zu behandeln, ist wobei er sich gegen eine Her-
absetzung des Großbetriebes und allzu weitgehende Förderung
der Kleinwirtschaft aussprach. Insbesondere warnt er vor
Überhebung der Siedlungsreformen. Auch vor gewerkschaftlicher
Verpflichtung der Landwirte für zu warnen, während das
Gewerkschaftswesen vom Ein- und Verkauf von
Bedarfsartikeln und Erzeugnissen große Dienste leisten
könne. Der Zwischenhandel sei nach Möglichkeit auszuschalten.
Ein allzu scharfer Eingriff in die Landwirtschaft durch
Sozialisierung sei in den nächsten Jahren taun zu empfehlen,



baggen müsse vieles zur Befugung der Landwirtschaft gefehlen, was ebenfalls Eingriffe in die Landwirtschaft erfordere. Die Konferenz war der Meinung, diese Fragen durch den Arbeiter auf dem Gewerkschaftstestung an geeigneter Stelle behandeln zu lassen.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

Feststellungsergebnis vom 19. Mai. In 754 Vereinen meldeten sich von 806 424 Mitgliedern 86423 oder vom Hundert 2,92 Arbeitslos, am vorigen Feststellungszeitpunkt von 995 794 Mitgliedern 8907 oder 3,01 vom Hundert. In dieser Abnahme sind die Bezirke Stettin, Magdeburg, Frankfurt, Hannover, Bremen, Hamburg und Stuttgart nicht beteiligt; hier ist die Arbeitslosigkeit etwas gesteigert. Das ist im Verhältnis zum Mitgliedsbestand zu sehen. In 60, in Hamburg mit 5,8, in Berlin mit 5,2, in Dresden mit 5,1. In Königsberg, Breslau, Magdeburg, Erfurt und Hofstadt betrug sie weniger als ein Hundertteil der Mitgliederzahl. Der Bezirk Dortmund blieb frei von Arbeitslosigkeit. 3778 Arbeitslose oder 1,23 vom Mitgliedsbestand erzielten Arbeitslosenunterstützung, in der Veranlassung 4366 oder 1,48 vom Hundert.

Table with columns: Bezirk, Zahl der Vereine, Anzahl der Mitglieder, Anzahl der Arbeitslosen, etc. Lists data for various regions like Königsberg, Stettin, Berlin, etc.

Zum Bericht vom Verbandstage.

Der Kollege Otto Hesse aus Essen sandte uns mit Einverständnis der dortigen Vereinsleitung nachfolgende Aufschrift: Ganz Bericht vom Verbandstage hat der Kollege Horler aus Karlsruhe dem Delegierten Althelm aus Essen eine schwere Klage bereitet. Er bezeichnet Althelm am Schluß seiner Ausführungen als einen Spartaisten. Gegen diese Bezeichnung hat Althelm nicht protestiert. Ich weiß nicht, ob man das Schwereitens Althelms als Dummkopf oder Raffinesse auffassen soll; denn Althelm ist nicht Spartaist, sondern Unabhängiger. Wenn er hier als Delegierter zum Verbandstag gewählt wurde, so tragen wohl die Mitglieder am wenigsten die Schuld. Er war hier wenig bekannt; aber er verstand es sehr gut, sich einzuführen. Früher wurden hier nur gut bekannte Kollegen für ein beratendes Amt zugelassen.

Berichte.

Bremerhaven. Nachdem die hiesigen Kollegen in mehreren Sitzungen mit den Arbeitgebern verhandelt hatten, auf dem Verhandlungswege die Stundenlöhne einer Neuvergabe zu unterziehen, dieser Versuch aber an der Unflexibilität der Unternehmer scheiterte, hat am 31. Mai eine große Versammlung beschlossen, zur Selbsthilfe zu greifen. Infolge dieser wurde, daß fast alle Berufsgruppen mit ihren Löhnen nach der Höhe der Bauarbeiter hinausgingen, ganz abgesehen von den hiesigen Werften, die uns weit voraus sind, wiesen die Unternehmer mit der Bemerkung zurück, daß sie nicht revolutionierend wirken wollten. Dieser Einwand hätte dann wohl einen Sinn gehabt, wenn der Lohn der Bauarbeiter an jüngerer Stelle lände, wie es vor dem Streike war. Die hiesigen Bauarbeiter sind sich vollständig bewußt, was für Wirkungen die hohen Löhne in der heutigen Zeit auf das Wirtschaftsleben haben, aber um an den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens überhaupt zu denken, ist es notwendig, dem Arbeiter erst ein Existenzminimum zu schaffen. Wir haben deshalb den parteiellen Streik erklärt, um auf diesem Wege das Existenzminimum zum Entgegenkommen zu bewegen. Im Unternehmensegebiet sind die Firmen Hoffmeier, Redeweg, Winkelschilf & Rangelott, Wüdel und die Betonfirma Hoffel & Co. gesperrt. Zugzug ist fernzuführen.

Göln. Der hiesige Schlichtungsausschuß fällt kürzlich folgenden Schlichtungsbericht: Die zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen des Bauwesens vereinbarten Tariflöhne und deren Erhöhung von bestimmten Terminen ab sind für die Entlohnung der im Carlswerk beschäftigten Bauarbeiter nicht rechtsverbindlich. Der Parteien wird aufgegeben, sich binnen einer Frist von fünf Tagen zu erklären, ob sie sich dem Schlichtungsbescheid unterwerfen wollen.

In der Begründung wird gesagt, daß der Hauptteil der im Carlswerk beschäftigten Arbeiter der Metallindustrie angehört und nach den für die Metallarbeiter festgesetzten Löhnen bezahlt wird. Die Firma habe erklärt, daß sie die hiesigen Bauarbeiter als Facharbeiter ansehe und die Löhne der Bauarbeiter der Metallindustrie auch ihnen zu zahlen bereit ist. Ebenso soll es bei den Hilfsarbeiten gehalten werden. Weiter wird gesagt, daß die Firma an dem Abschluß des Tarifvertrages nicht interessiert sei. Der Tarifvertrag gelte nur für die Arbeitgeber, die am Abschluß mitgewirkt hätten. Er gelte nicht einmal für die Bauarbeiter, die außerhalb jeder Organisation ständen, aber doch nur dann, wenn über den Lohn überhaupt keine Vereinbarung getroffen sei. In weiteren juristischen Ausführungen wird der Nachweis bebracht, daß die Firma keinen Anspruch auf den Tarifvertrag hat, da die Bauarbeiter nicht dem Tarifvertrage für das Bauwerk zu entziehen. Unser Bezirksverein Göln hat diesen sonderbaren Schlichtungsbescheid mit Recht; denn es ist ein Schlichtungsbescheid, der in keinem Sinne den Tarifvertrag für das Bauwerk bekräftigt, sondern nur die Tariflöhne für das Carlswerk festsetzt. Der Schlichtungsausschuß hat auch keine Stellung gründlich verkannt; denn er soll in erster Linie Streitigkeiten schlichten. Er hat aber ein Urteil gefällt und noch dazu ein nicht haltbares. Wie will er es rechtfertigen, daß er in der Großindustrie in keinem Beruf beschäftigte Bauarbeiter in einem niedrigeren Lohn erhalten soll als der bei dem kleinen Handwerksmeister beschäftigte. Durch denartige Urteile schlichtet man nicht Streitigkeiten, sondern man beschwört sie herauf. Wenn wir an es würden in einem großen Fabrikbetriebe Bauarbeiter in ihrem Beruf beschäftigt die Fabrikarbeiter in diesem Betriebe nur die Hälfte des vertraglichen Bauarbeiterlohnes, so müßten sie nach dem Schlichtungsbescheid des Gültigen Schlichtungsausschusses für 1,25 arbeiten, obwohl ihr Vertragslohn 1,50 beträgt. Selbstverständlich würden sie dies nicht tun, sondern um die Durchführung ihres Vertrages kämpfen. Möge der Bund umgekehrt, die Metallarbeiter hätten 1/3 Lohn, dann müßte die Fabrikleitung auch den Bauarbeitern 1/3 zahlen. Wie uns alle Erfahrungen lehren, würde dies die Fabrikleitung nicht tun, sondern sich auf den Vertragslohn beschränken. Und den Bauarbeitern wäre auf Grund ihrer vertraglichen Verpflichtungen jede Möglichkeit genommen, dagegen anzukämpfen. Praktisch stellt sich also der Schlichtungsbescheid schwebend vor die Unternehmer, weil er nur einer juristischen Theorie bei der Urteilsfindung folgte. Nur sein ja zum Glück unsere Gültigen Kollegen Mannes genug, um dem wirklichen Recht Geltung zu verschaffen.

Düren-Zülich. Am 8. Mai fand eine Konferenz unserer Bezirksvereine in Düren statt, an der 25 m. m. z. 5.00 über den Lohn des Bezirks berietete. Die Entscheidung ist erfreulich gut. Während die beiden getrennten Vereine Düren und Zülich am Schluß des Vorjahres zusammen 1600 Mitglieder zählten, hatte unser jetziger Bezirksverein deren am 15. Mai 1008. Auch bei uns hat die Revolution eine Umwälzung in den Arbeiterlöhnen gebracht. Die Arbeiter haben auch hier eingesehen, daß nur eine starke Organisation in der Lage ist, eine Verbesserung der höchsten Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erzielen. Bis zum 1. April betrug hier der Stundenlohn 1,20 bis 1,45 und für Hilfsarbeiter durchschnittlich 1,00 weniger. Durch das energische Eingreifen der Organisation ist er am 1. Mai auf 1,80 beziehungsweise 1,50 gestiegen und wird vom 1. Juli an 1,90 beziehungsweise 1,60 betragen. Am 1. August steigt der Lohn dann nochmals um 10 % pro Stunde. Neben der Notwendigkeit, einen Kollegen zur Führung der Vereinsangelegenheiten anzustellen, hat die Organisation zum Schluß wurde noch der Wunsch ausgesprochen, daß nun das Interesse der Kollegen an der Organisation nie mehr lauer werden möge. Damit wurde die Konferenz geschlossen.

Düsseldorf. Die hiesigen Bauarbeiter haben Lohnstreitigkeiten mit dem Unternehmer August Wede aus Essen-Strag. Vom 1. Mai an bestehen hier folgende Tariflöhne: für Maurer 1,25 und für Hilfsarbeiter 1,00 pro Stunde. Vom Juli an sollen 1,50 beziehungsweise 1,25 gezahlt werden. Der genannte Unternehmer, der hier Banken ausführt, sollte für den Monat April 1,20 pro Stunde zahlen. Er zahlte aber nicht, sondern betäubete die Arbeiter von einer Woche zur andern. Nun war der Tarifvertrag abgeschlossen worden, gingen die Kollegen zur Arbeit und wurde zu dem ganzen Kolonnenvertrag zu veranlassen. Dazu wollte er sich nur verpflichten, wenn ihm von seinen Auftraggebern die etwaigen Nachschüsse vergütet würden. Darauf konnten wir uns selbstverständlich nicht einlassen. Er verlangte dann, den schriftlichen Vertrag zu lesen, den ihm auch vorgelesen wurde. Er hat dann einen Fehler und den ganzen Kolonnenvertrag unterschrieben, dabei aber gerade die Kollegen, die am längsten auf der Baustelle waren und dort für die Organisation eintraten. Der Unternehmer hat auch allen Leuten 50 % Schlichtungslohn für die Rantime abgezogen, auch denen, die nicht in der Rantime waren. Die Kollegen, rund 100 Mann, haben dieses Vergehen nicht dulden können und die hiesigen Arbeitervereine, darauf veranlaßt, die Organisationsleiter, Kollege Gude für uns, Selmig für die Zimmerer und Schilling für den gewerkschaftlichen Verband, erneut mit dem Unternehmer zu verhandeln. Dabei wurde dieser zu auslassen, daß es zwischen ihm und Gude zu Tariflöhnen kam. Infolge dieses Geschehens haben die hiesigen Verhandlungen vollständig abgebrochen werden. Aus dem Bericht geht nicht hervor, wer Sieger blieb. Jedenfalls haben beide Kämpfer für die Folge aus den Verhandlungen aus; denn, wie der Bericht sagt, wurden später durch

den Kollegen Erard und die genannten Kollegen Selmig und Schilling auf Arbeitseinstellung und den Lohn des Unternehmers sowie einen Aufwärtiger auf Unternehmenseite die Verhandlungen fortgesetzt. Als Vermittler wirkte Herr Stadtrat Hammer. Es wurde vereinbart: 1. daß am 24. Mai die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte; 2. daß die 50 % Schlichtungslohn nicht mehr abgezogen werden; 3. daß die Kollegen Einigkeit in die Rantimeverhältnisse nehmen können; 4. daß die Kündigung des Lohnes und seiner Kolonne zurückgezogen wird. Es wurde aber von dem Aufwärtiger betont, daß wegen Materialmangels Arbeiter entlassen werden müßten. Die Kollegen verlangten die Kasse der Rente zu sehen, die entlassen werden sollten. Das führte erneut zu einem Einspruch des Kollegen Erard, was gerade wieder die Vertrauensleute der Organisation davon betroffen wurden, die doch als die letzten entlassen werden sollten. Der Aufwärtiger ließ auch durchbilden, daß der Unternehmer sich über seinen Heimat-Ort Arbeiter kommen lassen wollte, trotzdem es hier in Düsseldorf Arbeitseinstellung zu Hunderten gibt.

Essen. Wiederum hat der Lob eine empfindliche Niederlage in der Reihe unserer ältesten Kämpfer getroffen. Franz Mauerer ist nicht mehr. Am 23. Mai starb er an einer Lungenentzündung, die seine durch die mangelhafte Ernährung schon geschwächte Lebenskraft in wenigen Tagen tollends gerietete. Unser Kollege ist 64 Jahre alt geworden. Sein Leben war von fröhlicher Jugend an voller Mühen und Sorgen. In der Nähe von Gelnhausen, kam er schon in jungen Jahren in das Industriegebiet. Sein erster Beruf war der des Bergmannes. Wegen seiner Tätigkeit für die Arbeiterbewegung wurde er mehrmals gemahnt und schließlich auf die schwarze Liste gesetzt, so daß er den Beruf wechseln mußte. Er wurde Bauarbeiter, dann Kolonnenführer. Er war der erste und beste Kämpfer in Essen für die Organisation der Bauarbeiter. Das Vertrauen der Gültigen Kollegen zu ihm war so groß, daß sie ihn 1904 als Lokalkommissionar wählten. Seit dieser Zeit war er ununterbrochen Mitglied des Bezirksvereins, zuletzt war er Bezirksleiter. Seine Energie, seine unermüdete Tätigkeit und seine Rechtschaffenheit haben manchen Kollegen, der mühsam werden wollte, wieder aufgeführt. Von der Achtung und Liebe, die er in der Gültigen Arbeiterbewegung genoss, zeugen die vielen Kränze, die an seinem Begräbnis niedergelegt wurden. Seine Gültigen, seine unermüdete Tätigkeit und seine Rechtschaffenheit haben manchen Kollegen, der mühsam werden wollte, wieder aufgeführt. Von der Achtung und Liebe, die er in der Gültigen Arbeiterbewegung genoss, zeugen die vielen Kränze, die an seinem Begräbnis niedergelegt wurden. Seine Gültigen, seine unermüdete Tätigkeit und seine Rechtschaffenheit haben manchen Kollegen, der mühsam werden wollte, wieder aufgeführt. Von der Achtung und Liebe, die er in der Gültigen Arbeiterbewegung genoss, zeugen die vielen Kränze, die an seinem Begräbnis niedergelegt wurden.

Neustadt. Am 21. Mai nahmen unsere Mitglieder in einer gut besetzten Versammlung erneut den Kampf gegen die Tariflöhne auf. Die Verhandlungen wurden in einer fröhlich festlichen Versammlung einmütig abgelehnt. Es wurden folgende Löhne festgesetzt: In Neustadt sollen erhalten Maurer 1,80, Gipser 1,55, Hilfsarbeiter 1,25 die Stunde. In Lüdingen sollen erhalten Maurer 1,75, Gipser 1,50, Hilfsarbeiter 1,20 die Stunde. Die Arbeitervereine haben den Schlichtungsbescheid, der die Unternehmer leiten ist, ab. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses gab uns den Rat, die Arbeit aufzunehmen; in einer Versammlung am 28. Mai wurde demgemäß beschlossen, daß der Schlichtungsbescheid rechtsverbindlich erklärt werden soll. Es wird sich also nun das Arbeitsministerium mit der Sache zu befassen haben. Nun stellen die Unternehmer an uns das Verlangen, erneut in Verhandlungen einzutreten. Wir erklärten uns bereit, aber die noch streitigen Punkte weiterzuverhandeln. Soweit der Lohn in Betracht kommt, ist die Sache für uns erledigt. Wir hoffen nun, daß das Arbeitsministerium den Schlichtungsbescheid für rechtsverbindlich erklärt.

Wittenberge. Am 18. Mai fand die Generalversammlung des Bezirksvereins statt. Betreten wurde die hiesigen Reichardt, Püttlich, Canbau-Gabelberg, Wittenburg, Starbäck und Wellerberg. Wittenburg war nicht vertreten. Am 1. Januar betrug unsere Mitgliederzahl 86, dagegen die der Gültigen des ersten Quartals 240. Die Saat fiel auf guten Boden; denn die meisten hiesigen Kollegen sind erst nach dem 1. Januar gegründet worden. In Habelberg-Sandau wurde der Lohn für Maurer von 1 auf 1,50 erhöht; aber um das zu erreichen, mußte erst 6 Tage gestreikt werden. In Wittenberge wurde der Lohn für Maurer von 1,20 auf 1,50 und für Hilfsarbeiter von 1,00 auf 1,25 erhöht. In Wittenberge erhielten die Maurer früher 1,50, jetzt 1,80; dort ist aber die Bewegung noch nicht abgeschlossen; denn gefordert werden 2,00 pro Stunde. In Rengen wurde der Lohn von 1,20 auf 1,45 erhöht. Arbeitslosigkeit ist im ganzen Umfange genügend vorhanden; es fehlt aber überall an Material. Im ganzen Preise sind 1200 Maurer anständig, von denen allerdings zurzeit die meisten nicht im Beruf arbeiten. Es gibt also auch für die Organisation genug zu tun. Nach dem vom Kollegen Althelm gegebenen Rapport betragen die Einnahmen für die Hauptkasse 1456,80, für die Nebenkasse 1304,81. In Unternehmungen wurden ausgezahlt für Arbeitslosenunterstützung 1347,70 für Krankenunterstützung 255,20. Das Vereinsstatut wurde einstimmig angenommen. Zu der Sozialversicherung wurde beschlossen, daß erstreckt werden soll, die Gemeinden müßten ihre Bauarbeiten in eigener Regie herstellen. Die Bauarbeiter verpflichten sich, auch bei dieser Gemeindeförderung ihre volle Pflicht und Schuldigkeit zu tun. Es wurde beobachtet, daß der Verbandstag den über 60 Jahre alten Kollegen den Beitritt zum Verbande unmöglich machte, da diese Kollegen in

unsern künftigen Bedarf nach große Bedeutung haben. Als Notwendigkeit wurde der Kollege Ostroff und als starrer der Kollege Albrecht gewählt. Wir hoffen und wünschen, daß es uns gelingt, in der kommenden Zeit alle noch fehlenden Kollegen für die Organisation zu gewinnen.

Zeit. Seit dem 3. Mai befinden sich die Bauarbeiter von Zeit und Umgegend im Streik. Der Lohnkampf hätte beachtet werden können, wenn die Unternehmer die Forderungen, um der sich die Bauarbeiter befinden, erlassen und danach gehandelt hätten. Der Streik, der bis zum Ausbruch des Streiks geführt wurde, war erheblich geringer als der, den ungelernete Arbeiter in anderen Gewerben erzielten. Die Arbeiter Unternehmer und ihre bei jeder Gelegenheit aus Halle herbeiziehenden Freunde vom Bezirks-Arbeitsverband gehören zu den berüchtlichsten Schaffmachern. Im Streik, als wegen der geringen Löhne die Bauarbeiter an die Unternehmer heranzogen um eine außerordentliche Zulage, wurde diese glatt abgelehnt. Als die Bauarbeiter der Bauarbeiter um 11. April anlässlich der Verhandlung über den neuen Tarifvertrag darauf aufmerksam machten, daß diesmal eine größere Zulage gemacht werden müßte, boten die Unternehmer 10 Pf. Auch die weiteren Verhandlungen, in denen besonders die Kollegen Jacob und Sauer alles versuchten, um einen Streik zu verhindern, brachten kein anderes Ergebnis. Es steht fest, daß die Schuld an dem Ausbruch des Streiks die Unternehmer von Zeit und Halle trifft, weil sie den Bauarbeiten das verweigern, was für diese notwendig ist. Sie verziehen es aber ganz vorzüglich, ihre Forderungen zu erfüllen. Ein Mitglied des Unternehmerverbandes, Herr Koch, hat, obwohl er den ihm arbeitenden Maurern nur 1.18 für die Stunde zahlte, von seinen Auftraggebern für die Stunde 2.50 bezahlt bekommen. Eine solche gemeine Handlungsweise fördert das Brauen auf seinen Fall. Die streikenden Bauarbeiter sind sich darüber klar, daß der Streik diesmal so geführt werden muß, daß den Schaffmachern die Luft ein für allemal weggehen muß, sich noch länger in so schamloser Weise auf Kosten der Arbeiter zu bereichern. Um aber aller Gemeinheit die Steine aufzusetzen, haben die Unternehmer diesmal die alte Methode der schamlosen Lügen eingeschlagen. Das behauptete Städtische Meisterei hat, um die Arbeiter Wohnungsnutzen zu lindern, den Neubau von Wohnungen angeordnet. Diese Gelegenheit benutzten die in Folge des Streiks in Zeit arbeitslos gewordenen Bauarbeiter und erzielten auch zum Teil gute und lohnende Beschäftigung. Als aber die Unternehmer in Zeit erfuhren, haben sie durch schriftlichen und persönlichen Kontakt so lange an die Unternehmer in Meisterei eingewirkt, bis diese fast alle Stellen wieder entließen. Sofern die Streikenden verließen, Arbeit im Vergleich zu finden, begegnet ihnen das gleiche. Sie fragten und, was wir an das Wort Revolution und sozialdemokratische Regierung denken: Wie zum Beispiel ein so schamloses Treiben mit ansehen, ohne hier einzugreifen? Dadurch, daß die Bauarbeiter in monatlicher Verhandlung versuchten, einem Streik aus dem Wege zu gehen, ist doch zur Genüge bewiesen, daß die Schuld bei den Unternehmern liegt. Die streikenden Bauarbeiter sind entschlossen den Kampf, der ihnen aufgezwungen worden ist, trotz der großen Leiden und trotz aller Niederträchtigkeiten, auf die sie stoßen, zum gesetzlichen Ende zu führen und richten von dieser Stelle aus den dringenden Appell an alle Bauarbeiter der Umgegend, etwa angebotene Arbeit in dem Lohngebiet Zeit nicht anzunehmen.

Einigungsstongreß

Die Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie bezieht für den 21. Juni einen Einigungsstongreß ein. Sie geladen sind die Organisationen aller sozialistischen Richtungen. Zweck des Kongresses soll sein, die Einigung herbeizuführen. Offensichtlich haben die Beitreibungen Erfolg, so daß die Einigungsfront im politischen Kampfe wieder hergestellt werden kann.

Unsere Arbeitsvermittlung im April

Dem Reichsanstalten Amt sind 20 Nachweise und die Zentralstelle angefordert. Der Nachweis in Wien wurde dem künftigen Arbeitsamt angeleitet. Coblenz, Straßburg und Nürnberg haben nicht berichtet.

Nachweis über die Vermittlungstätigkeit

Im Monat April	Männer	Frauen			Gesamt			
		unter 16 Jahren	16 bis 20 Jahren	über 20 Jahren				
wurden angefordert	236	185	8	32	6	454	24	951
vermittelt.	192	164	8	18	6	454	24	882

Von den 951 angeforderten Arbeitskräften konnten 882 vermittelt werden: das sind 92.74 auf je 100 Angeforderte. Die Vermittlung verteilt sich auf die einzelnen Branchen wie folgt: Es wurden vermittelt auf je 100 angeforderte Maurer 81,36, Bauhilfsarbeiter 88,64, Kleinhändler 100, Stoffe 100, Schuh 87,5, Schneiderei 100, Näherer und Stein 100, etc.

Gipser und Stuckateure

Am 20. Mai fand in Berlin eine Konferenz der Stuckateure aus dem Gebiet der Vereine Bielefeld, Detmold, Herford und Minden statt, um einen Verein für das ganze Gebiet zu berufen. Von Bielefeld, Detmold und Herford waren je 2 Kollegen vertreten, die für die übrigen Orte gleichfalls beauftragt waren. Vom Verbandswortstand nahm Kollege Oberstall an der Besprechung teil. Beschlüsse wurde, für das ganze Gebiet einen Lohn von 2.50 pro Stunde zu fordern, während bei auswärtigen Arbeiten eine Auslösung von 1.5 pro Tag verlangt wurde. Letzteres ist besonders wichtig für die bei der Firma Lauenmann in Detmold arbeitenden Kollegen, da die Firma es nicht verstanden hat, ihre Werte übermäßig anzuheben. Es ist zu hoffen, daß der Verein, dem Kollege Oberstall, dem Vorsitz übernahm, demnächst verlangt wurde, den Tarifvertrag mit dem Arbeit-

geberbund für das Baugewerbe zu schließen, wurde abgelehnt, da die Stuckateure dem Bunde nicht angehören. Gemacht soll bei den Verhandlungen auf die Schaffung eines geeigneten Arbeitsnachweises geachtet werden. Die Verhandlungen sollen möglichst beschleunigt werden.

Fliesenleger

Auf der Reichskonferenz der Fliesenleger machte der Kollege Ramjunde, Berlin, folgende Bemerkung: „Unser Gewerbe ist ein Luxusgewerbe.“ Diese Neuerung kann nach meiner Meinung nicht unumtersprochen bleiben. Wenn in Hausgängen, Küchen, Hofeingangsbereichen, Wärdern und Bodenfliesen verwendet werden, so geschieht dies nicht aus Luxus, sondern aus Bedürfnis, aus rein praktischen Gründen. Nicht aus Luxus, sondern aus Zweckmäßigkeit wurde vor dem Streik von den Münchner Bauherren darauf gedrungen, daß in Räumen, in denen Lebensmittel hergestellt werden, die Fußböden mit Ziegelfliesen und die Wände mit glasierten Fliesen belegt werden mußten. Aus praktischen Gründen werden Fliesen verwendet, weil man bisher noch keinen gleichwertigen Ersatz für diese gefunden hat. Sein Vorschlag kann hinsichtlich der Dauerhaftigkeit und der Reinlichkeit den Betreibern mit den Fliesen aufnehmen. Wenn die Fliesen von manchen Deuten als Luxus betrachtet werden, so liegt das zum Teil daran, daß bei keinem andern Baumaterial sich so sehr das Schöne mit dem Nützlichen verbinden läßt. Sein Vorschlag ist mehr als nur berechtigt, so liegen: Umher die Zukunft! Wenn die Produktionsverhältnisse erst anders geworden sind, wenn wir die jetzigen Zeiten erst glücklich hinter uns haben, und wenn dem Bau nicht mehr der Profit, sondern die Zweckmäßigkeit die erste Rolle spielt, dann wird unser Gewerbe blühen.

Joseph Wolbrich, München.

Flotierer und Steinholzleger

Dresden. Achtung, Flotierer! Die streikenden Flotierer sind am 30. Mai wegen Nichtanerkennung ihrer Lohnforderungen geschlossen in der Stadt abgetreten. Alle Kollegen aus anderen Orten, die von der Firma „Gebrüder Schmidt“ in Leuben bei Dresden die Arbeit angenommen haben, haben sich am Streik zu beteiligen und ihre Absichten an die Streikkommission der Flotierer Dresden, Holzhaus, Rikensbergstraße 2, einzuwenden. Die Streikkommission. J. A. Fröhlich.

Internationale Bauarbeiterbewegung, Oesterreich

Unser österreichischer Bruderverband hat in den letzten Wochen eine Anzahl Tarifverträge abgeschlossen, die zum Teil nur für einzelne Orte, zum Teil aber auch für ganze Bezirke Geltung haben. In allen Verträgen ist die 48stündige Arbeitswoche festgelegt mit der Maßgabe, daß am Samstag mittags Arbeitsschluß ist. In Voitsberg beträgt der Mindestlohn für Maurer Kr. 2,70. Für den Bezirk Oberostermark mit dem Städten Bruck, Kapfenberg, Leoben und Judenburg wurden folgende Lohnsätze bestimmt: Für Maurer Kr. 2,60, für Hilfsarbeiter Kr. 1,80, für Frauen Kr. 1,20. Lehrlinge erhalten im ersten Lehrjahre 90 Heller, im zweiten Lehrjahre Kr. 1,80 und im dritten Lehrjahre Kr. 1,80 pro Stunde. In Graz, der Hauptstadt von Steiermark, wurden für Maurer Kr. 3, für Hilfsarbeiter Kr. 1,90 bis 2,20, für Frauen Kr. 1,20, für Lehrlinge 90 Heller beziehungsweise Kr. 1,40 und Kr. 2 als Mindeststundenlohn vereinbart. In Klagenfurt beträgt der Mindeststundenlohn für Maurer Kr. 2,80, für Hilfsarbeiter Kr. 1,80 und für Frauen Kr. 1,30. Der Vertrag in Villach sieht einen Stundenlohn von Kr. 2,75 für Maurer und Kr. 1,60 für Hilfsarbeiter vor. Für das Vertragsgebiet Hainstadt a. d. Donau beträgt der Maurerlohn im ersten Gesellenjahr Kr. 3,10, sonst für Maurer Kr. 3,30. Fassadenmaurer erhalten Kr. 4,25, Gerüstarbeiter Kr. 2,80 und Hilfsarbeiter Kr. 2,60. In Schwetoch bei Wien gelten folgende Löhne: Maurer im ersten Gesellenjahr Kr. 2,90, im zweiten Gesellenjahr Kr. 3,10, für alle andern Maurer Kr. 3,30. Fassadenmaurer erhalten Kr. 4,25, Gerüstarbeiter Kr. 2,80, Hilfsarbeiter Kr. 2,50 und Frauen Kr. 2. Es wird berichtet, daß sich Kollegen erfreulicherweise liberall rühren und für die Organisation werben. Die Arbeitslosigkeit ist in vielen Bezirken groß. So waren in Wien vom 6. bis 12. April 3760 Kollegen und 120, bis 26. April noch 3472 Kollegen arbeitslos. Die Unternehmern sehen sich anscheinend noch nicht an die neuen Verhältnisse gewöhnen, so daß recht viele Streitigkeiten entstehen.

Holland

Der „Centrale Bond van Bouwvakarbeiders“, unser holländischer Bruderverband, besteht jetzt rund 121 Jahre. Bei seiner Gründung betrug die Mitgliederzahl 254, 10 Jahre später 2892 und zurzeit 7641. Diese Zahl mag manchem deutschen Kollegen nicht groß genug erscheinen. In Wirklichkeit ist aber der „Centrale Bond“ die größte Bauarbeiterorganisation Hollands. Nicht nur hinsichtlich seiner Mitgliederzahl, sondern auch in seiner Stellung zu anderen Organisationen, sowohl Arbeiter- wie Unternehmerverbänden, hat der Bauarbeiterbund ganz bedeutende Fortschritte gemacht. Es hat sich im Laufe der Jahre gezeigt, daß der Standpunkt des Bundes in der Organisationsform richtig war und sein Beginnen von gesunden Gedanken getragen wurde. Nun hat es den Anschein, als sollte der Bund nicht älter werden als 13 Jahre: denn es sind Pläne in Vorbereitung zur Verschmelzung mit andern Organisationen. Aber wie es auch werden mag, der Bundesvorstand hofft und glaubt, daß die Mitgliederzahl sich auch unter einer andern Organisationsform ständig vergrößern wird, zum Wohl der holländischen Bauarbeiter.

Vom Bau.

Hamburg. Ein schwerer Bauunfall, bei dem ein Steinmehl das Leben einbüßte und ein Maurer zum Krüppel gemacht wurde, ereignete sich am 21. Mai beim Abruch eines fliegels des Justizgebäudes. Man war damit beschäftigt, das Hauptgesims abzutragen. Dieses besticht aus schweren Sandsteinblöcken, die nach der Lösung mit Hilfe von Winden und Holzbohlen, die auf der Dachstuhlangebracht waren, heruntergelassen wurden. Diese Vorrichtungen waren nun so mangelhafter Art, daß es verunfallt ist, wenn nicht schon vorher größere Lasten passiert sind. Ein einfacher Wod, der nirgendwo befestigt war, nur am Fuß gegen Austritt des Gegenwichts hatte, wurde durch eine Wunde nach außen gelassen beziehungsweise nach einwärts gezogen. Ein zweites Drahtseil an einer arbeitenden Wunde fiel über eine Rolle durch den Wod, und mit diesem Drahtseil wurden die Gesimmsstücke herabgelassen. Die erste Wunde, die den Wod regierte, war anscheinend so leicht, daß sie sich beim Transport eines Gesimmsstückes löste, der Wod dadurch den Fall verlor und nach schwerer Wunde das Gerüst durchstieß, auf dem sich die beiden Verunglückten befanden. Aber damit nicht genug, es fügte auch noch eine Anzahl anderer Gesimmsstücke (Kübelstücke) von mehreren Metern Gewicht dem ersten Sturz nach und holten, was das Hauptgesimsstück nicht fertiggebracht hatte. Dieser Unfall und seine Begleiterscheinungen sind wieder so recht dazu geeignet, die Arbeiter zu warnen. Zunächst ist es unerlässlich, daß trotz des fliegels Bauführers so sicher mit den Arbeitsgeräten umgegangen werden sollte. Die Bauarbeiter, Maurer- und Zimmermeister, sind anzuklagen und wohl bestrafen zu machen, daß sie die Arbeiter gezwungen haben, mit denartigen Arbeitsmitteln schwere Lasten zu bewältigen. Die Hauptrolle ist anzuklagen, daß sie jegliche Kontrolle der Betriebsbedingungen unterlassen hat, sonst hätte sie den Wod einstellen müssen. Schon weil sich das Gerüst in einem Zustand befindet, der jeder Vorsicht schon spürt. Auch die dort Beschäftigten kann man nicht von Schuld freisprechen. Es ist ein Schand, daß es nach heute Bauarbeiter gibt, die ihre Kräfte bei diesem Schandspiel zu Wette setzen, wie wenn sie sich nicht selbst helfen können oder wollen, sich nicht an ihre Organisationsbetreuer wenden und Hilfe verlangen. Es haben mal wieder alle Faktoren unglücklich zusammengewirkt: Straflosigkeit und Profitgier der Unternehmer, fehlende Aufsicht der Behörden und deren Beamten und heimliche Gleichgültigkeit der Arbeiter haben einem Menschen das Leben und einem zweiten die dauernde Gesundheit gekostet. Dagegen gibt es nur ein Mittel: Anstellung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen, die Mängel genug haben, um den Unternehmern das Handwerk zu legen und unsehr Kollegen die Gleichgültigkeit auszusprechen.

Hannover. Am neuen Kolonialgruppen im Vertriebsbezirk Hannover ereignete sich am 24. Mai ein Unfall, bei dem ein Arbeiter tödlich und ein anderer schwer verletzt wurde. Die Dachkonstruktion des Gebäudes ist ganz aus Eisen hergestellt und wird mit Zementplatten abgedeckt. Die Platten sind 2,50 m lang und 0,35 m breit. Die Platten und die Befestigungen werden von den Eisenstützen durchgehend durchgehend. Das Einbinden hatte die Firma den beiden berunglückten Arbeitern übertragen. Als diese sich am Unglücksorte auf die zuletzt gelegte Platte stellten, um die nächste zu legen, brach diese durch und beide Arbeiter stürzten aus einer Höhe von 8 m auf den Betonboden. Der eine starb hier und der andere wurde durch die Verletzungen und durch die Mitarbeiter festgehalten, daß die Arbeiter ohne jegliche Schutzvorrichtungen ausgeführt worden sind, trotzdem sehr leicht eine Hängeleuchte angebracht werden konnte. Die Platten waren viel zu leicht, und die Befestigungen waren nicht richtig abgemessen. Wahrscheinlich war der Beton nicht abgehoben, sondern nur an der Sonne getrocknet. Die Eisenbolzen lag viel zu schwach und unpraktisch eingeleitet. Wir fragen: Wann wurde die Baustelle kontrolliert? Wann hat die Bauvergesellschaft eine Kontrolle vorgenommen? Wie sind die Baukontrolleure der organisierten Bauarbeiter? Wie uns von Bauarbeitern berichtet wird, hat die Bauvergesellschaft in drei Jahren diese Arbeitsstelle nur einmal kontrolliert. Sollte dies zu treffen, so ist das eine unerhörte Wunde. Bei der Arbeit nicht Menschen genug gekostet? Es ist höchste Zeit, daß die Behörden den Bauunternehmern besser auf die Finger sehen. Als die beiden Opfer in ihrem Wute lagen, stellte es sich heraus, daß die Firma kein Verbotsgang auf der Baustelle hatte. Wir fordern strenge Bestrafung der Schuldigen. Weiter fordern wir die Anstellung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen, die mit bestmöglichen Befugnissen ausgestattet werden.

Annahme der Redaktion: Zu dem traurigen Vorfall in Hannover bezieht der nachstehende Bericht aus dem Gebiet der Rheinisch-Westfälischen Bauergewerkschaften, den wir der Überseher „Zeichen Welle“ entnommen haben:

„Der vierzehnjährige Krieg und die Hungerblockade haben sowohl Menschen gekostet, daß man jetzt ernstlich daran gedacht sein sollte, das Leben und die Gesundheit eines jeden Arbeiters in den Werkstätten und auf den Bau- und Betriebsstätten zu schützen. Die Reichsversicherungsordnung verlangt von den Berufsgenossenschaften, daß die Betriebe in Bezug auf Unfallgefahr revidiert werden, wogegen technische Aufsichtsbüros angeordnet sind. Die Revisionen sollen häufig vorgenommen werden, um Unfälle zu verhindern, denn nur hierdurch werden die Berufsgenossenschaften den an sie gestellten Anforderungen gerecht. Leider merkte man aber während der langer Kriegszeit von den Revisionen im Industriebetrieb wenig oder gar nichts. Es ist wohl anzunehmen, daß sich die technischen Beamten in der Revisionen nicht vorgenommen haben, um Unfälle zu verhindern, denn nur hierdurch werden die Berufsgenossenschaften den an sie gestellten Anforderungen gerecht. Leider merkte man aber während der langer Kriegszeit von den Revisionen im Industriebetrieb wenig oder gar nichts. Es ist wohl anzunehmen, daß sich die technischen Beamten in der Revisionen nicht vorgenommen haben, um Unfälle zu verhindern, denn nur hierdurch werden die Berufsgenossenschaften den an sie gestellten Anforderungen gerecht. Leider merkte man aber während der langer Kriegszeit von den Revisionen im Industriebetrieb wenig oder gar nichts. Es ist wohl anzunehmen, daß sich die technischen Beamten in der Revisionen nicht vorgenommen haben, um Unfälle zu verhindern, denn nur hierdurch werden die Berufsgenossenschaften den an sie gestellten Anforderungen gerecht.“

nischen Aufsichtsbearbeiter der Rheinisch-Westfälischen Bau-
gewerkschaften in Elberfeld, wahrscheinlich aus Sparmaßregeln, anstatt mit Betriebsbevollmächtigten
mit gewöhnlichen Schreibearbeiten im Bureau beschäftigt,
wogu sie doch wohl nicht nach dem Willen des Gewerkschafts-
bestellungs- und Aufsichtsbearbeiters der Rheinisch-Westfälischen Bau-
gewerkschaften nachzukommen? Sicherlich
nicht! Unsere Forderungen bezüglich des Arbeiterlohnes
gehen viel weiter, als die jetzigen Lohnbestimmungen es
vorsehen, um so mehr muß verlangt werden, daß die
Betriebsbevollmächtigten sich auf ihre gesetzlichen Pflichten
besinnen und ständig Betriebsbevollmächtigten vornehmen lassen.
Nicht allein aus Arbeiterkreisen werden dieserhalb Be-
schwerden laut, sondern es gibt auch einzelne Unternehmer,
die ein solches Verfahren keineswegs gutheißen. Eine
sechsteilige Kommission dieses Ausschusses ist hier dringend not-
wendig.

Unternehmergewinne. Die Firma May & Freitag
A.-G., Neustadt a. d. S., teilte in ihrem Geschäftsbericht für
1918/19 mit, daß der Geschäftsumsatz hinter dem des Vor-
jahres zurückblieb, aber den des letzten Friedensjahres
beinahe überstieg. Nach einem Vortrag von M. 335 019
für das nächste Geschäftsjahr und M. 1 637 718 Abschreibungen
und nach Rücklagen von M. 500 000 blieb ein Reingewinn
von M. 1 430 731. Davon wurden 8 p. Ct. Dividende gleich
M. 640 000 ausbezahlt. Die Gewinnanteile der Geschäfts-
leitung betragen M. 230 718. Für Kriegsjahre wurden
M. 200 000 ausbezahlt und der Unternehmensgewinn für
Beamte und Arbeiter wurden M. 25 000 überweisen. Der
Gewinn, der im Jahre 1917/18 im argentinischen Geschäft
gemacht wurde, soll als Rücklage dienen. Im Ausland hat
die Firma mit größeren Ausfällen zu rechnen, falls eine Ent-
schädigung nicht geschieht, und seien diese auch noch so gering.
Bezüglich des Kriegsjahrs hat sie sogar den Kriegsgewinn
in Kolumbien gebietet, doch weitere Lohnsteigerungen in dem Um-
bezirk zu vermeiden. Vielleicht hat die Firma auch an andern
Stellen ähnliche Maßnahmen angeregt. Auf keinen Fall kann
man bei dieser Firma irgendwas von Lohndiebstahl reden. Hoffent-
lich hat sie bald ihren letzten Jahresbericht herausgegeben.

Gewerkschaftliches.

36ter Kongress der Gewerkschaften Deutschlands
am 30. Juni 1919, in Nürnberg
im Saalbau des Industrie- und Kulturvereins, Frauen-
tagung 49.

Als Tagesordnung ist vorläufig vorgesehen:
1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten (Wahl der
Kommissionen, Prüfung der Mandate). 2. Rechenschafts-
bericht der Generalkommission. 3. Bericht der G. Regien,
Berlin. 4. Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der
Gewerkschaften. Die Bestimmungen über die Aufgaben der
Betriebsräte. Berichterstatter: H. Reipart, Berlin. 5. Die
Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen
Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands. Bericht-
erstatter: A. Gosen, Berlin. 6. Die Geltung des Allge-
meinen deutschen Gewerkschaftsbundes. Berichterstatter:
H. Reipart, Berlin. 7. Die Sozialisation der Industrie.
Berichterstatter: R. Imbort, Berlin. 8. Landwirtschaft-
liche Produktion und Wirtschaft. Bericht-
erstatter: G. Schmidt, Berlin. 9. Regelung des Rechnungs-
wesens. Berichterstatter: J. Sassenbach, Berlin. 10. Be-
ratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten
Anträge.

Der Kongress wird am 30. Juni 1919, vormittags 9 Uhr,
eröffnet und wird bis einschließlich 5. Juli tagen.
Berlin, den 18. Mai 1919.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
G. Regien, SO 16, Engelstr. 15.
Die Adresse des Sekretariats ist:
G. Vogl, Breite Gasse 25/27, Nürnberg.

Bücher und Schriften.

Der Staat, die Industrie und der Sozialismus.
Von Parvus. Verlag für Sozialwissenschaft, G.
m. b. H., Berlin SW 68, 112 Seiten. Preis kartoniert
M. 3, gebunden M. 4,50. Es ist ein sehr lehrreiches Buch,
das wir hier vor uns haben. Der Verfasser erörtert eingehend
den volkswirtschaftlichen Widerspruch in dem sich die kap-
italistische Gesellschaftsordnung befindet. Die Kapitalistenklasse
lebt von der Ausbeutung der Gütererzeugung, hatte also alle
Ursache, den Massenbedarf zu steigern. Zugleich aber drückt
die Eucht nach Kapitalvermehrung die Verbrauchsbedürftigkeit
herab. Die Mittelklasse der Industrie vom Finanzkapital
bis hin zum Kleinrentner ist ebenfalls gefährdet, ebenso die Pen-
sionisten der Bantwesen. Nach Parvus ist der Sozialismus
unvermeidlich, den Widerspruch in seinem eigenen Wesen
zu lösen. Diese Lösung wird Aufgabe der Arbeiterklasse sein,
die in einer sozialistischen Wirtschaftspolitik das Volk aus
seinen eigenen Händen herausheben muß. An Stelle
der Profitwirtschaft muß die Betriebswirtschaft gesetzt werden.
Das gesellschaftliche Leben muß organisiert werden, um ein
gleichmäßiges Verhältnis zwischen Verbrauch und Erzeugung
herzustellen. Die Arbeitsträfte der Gesellschaft müssen auf das
Bestmögliche ausgenutzt werden. Wichtig ist die Fabrik und
Betriebsstellen sind von den Augen der Schulen für den Beruf
vorzubereiten. Die Arbeit soll nicht eine Qual sein, sondern sie
soll Gesundheit und Kraft fördern, sie soll aus einer Zeit zu

einer Freude werden. Zu dem Zweck muß aber der Arbeiter
vom Druck der Not und vom Joch der Ausbeutung befreit
werden. — Wir können dieses Buch mit seinem reichen Inhalt
unsern Lesern nur bestens empfehlen.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem 14. Juni erlischt der Anspruch auf
Kriegsmarkten für alle Verbandsmitglieder,
die bis 30. April 1919 aus dem Ersatzdienst
entlassen worden sind.

Den Anträgen auf Verwendung von Kriegsmarkten
die Nachweise über die militärische Dienstzeit (Anfang und
Ende) beizufügen. Als Nachweise gelten der Paß oder das
Soldbuch nebst Entlassungsschein. Wo diese Papiere nicht
vorhanden sind, genügt eine einfache Bescheinigung des
Truppenteils über die Dienstdauer oder auch eine Bescheinigung
der Ortsbehörde. Die Beiträge für die zurückliegende Zeit
sind bei dem Antrag mit einzufinden.

Vom 26. bis 31. Mai haben folgende Vereine Geld an
die Hauptkasse geleandt: Auerbach A. 4000, Müllerting 7,35,
Brieg 1670, Braunschweig 1000, Barmen 2000, Borna 600,
Göthen 400, Götting 1000, Geln 2050, Demmin vom Euxel
jurid. 1108,05, Emden 5000, Freising 2000, Hensburg 250,
Hildesheim 1000, Hildesheim 200, Oronau 400, Gelsenkirchen 9787,55,
Königsberg 800, Königsberg i. Pr. 2000, Lötzen 700, Lübeck
2000, Einbau 700, Lehm 500, Leinzig 400, Lützenau 9,10,
Mairg 6000, Marburg 300, Neustadt a. d. S. 1825,60, Norden
1800, Naumburg 500, Neisse 700, Olsch 800, Osnabrück 1500,
Ostsee 500, Potsdam 2000, Pößnerwies 550, Queblinburg
600, Rasthof 800, Hensburg 1000, Spremberg 1000, Swine-
münde 500, Sora 200, Siegen 1000, Sonderhausen 400,
Schwan 124,45, Ilm 3500, Wörlitz i. Sch. 150, Jitzau 1504,80.
Kalenber: Geln A. 50, Erfurt 12,60, Lübeck 25. — Brief-
umschläge: Erfurt 50 A. — Grundfremd-Einkünfte: Biele-
feld und Hofort je M. 6. — Der Vorstandsvorsitz.

Zentralrentenkasse.

Rechnungsabluß über das 1. Quartal 1919.

Einnahme.	
Waxer Bestand am Anfang des 1. Quartals	89514,84
Zinsen von belegten Kapitalien	7864,90
Betriebsgehälter	602,—
Beiträge von Mitgliedern der 1. Klasse M.	87845,05
" " " " " 2. " "	30579,—
" " " " " 3. " "	15442,90
" " " " " 4. " "	975,70
" " " " (Erfahrer)	2543,20
Beiträge nach § 9 Ziff. 10d. S. b. 1. St. M.	268,50
" " " " " 2. " "	96,30
" " " " " 3. " "	23,—
" " " " " 4. " "	1,05
Zurückgegebene Kapitalien	88000,—
Sonstige Einnahmen	1042,56
Summa	M. 269058,98

Ausgabe.	
Kontogeld an Mitglieder der 1. Kl. M.	86417,04
" " " " " 2. " "	33871,15
" " " " " 3. " "	18061,20
" " " " " 4. " "	619,50
" " " " (Erfahrer)	M. 138968,89
Sterbegeld für Mitglieder der 1. Klasse M.	7266,—
" " " " " 2. " "	2520,—
" " " " " 3. " "	1764,—
" " " " " 4. " "	108,—
Zurückgegebene Beiträge	104,75
Sonstige Ausgaben	18,95
Kapitalanlagen	46766,28
Verwaltungskosten:	
a) persönliche	M. 20329,50
b) sachliche	6245,56
Summa	M. 219449,33

Abchluß.	
Summe der Einnahme	M. 269058,98
Summe der Ausgabe	219449,33
Kassenbestand am Schlusse des 1. Quartals 1919	M. 49609,65
Die Netto-Einnahme betrug	M. 146544,14
Die Netto-Ausgabe betrug	M. 172883,65
Neubausgabe	M. 26889,51

Vermögensausweis.	
Waxerbestand laut Abchluß	M. 49909,05
Belegte Kapitalien: a) Hypotheken	265000,—
b) Sparkassen	68837,18
c) Reichsanleihe	99000,—
Gesamtvermögen am 31. März 1919	M. 482746,18

Vorliegender Rechnungsabchluß ist von uns revidiert und
mit den Kasseneinbüchern und Belegen übereinstimmend befunden.
Das Rechnungswesen ist uns vorgelegt respektive nachgewiesen
worden.

Hamburg, den 24. Mai 1919.
Für den Aufsichtsrat:
J. Tiedemann, G. Zöfner, S. Rober.

Im Monat Mai sind folgende Beträge eingegangen:
Von der örtlichen Verwaltung in Altona M. 200, Altona 120,98,
Altona 20, Altona 400, Berlin 1 800, Berlin 11 500, Berlin 11
500, Bamberg 61,94, Daxlanden 200, Dresden 500, Gelsen-
kirchen 300, Geln 100, Essen a. d. R. 200, Frankfurt 60,
Frankfurt 60, Göttingen 200, Groß-Mofem 100, Göttingen
100, Hamburg 1 200, Hamburg IV 200, Hechtshelm 850,
Hildesheim 180, Hensburg 100, Jahnitz 200, Kärstube
200, Königsberg 28,88, Königsberg i. Pr. 150, Lamsbrecht

166,15, Leipzig 800, Lübeck 400, Langenhagen 39,10, Baden
44,50, Minden i. B. 2,25, Neudamm 100, Nienstedten 100,
Pfort a. Rh. 50, Pflanzplatz 42,90, Schweinfurt 100, Stamm-
heim 150, Stettin 200, Timmerode 100, Wöbel 40, Wehlau 50,
Witten a. d. M. 277,50, Worms 200, Juffenhausen 200,
Summa M. 8245,20.

Zuschüsse erhielten: Altentrarstr. 40, 60, Berlin IV 500,
Bismarck 50, Großstadt 100, Gramberg 100, Großneuborf 100,
Groß-Schnebeck 200, Gufum 200, Güttraw 100, Hellborn
210, Güterode 50, Hühnerweilsbach 800, Mahlsdorf 100,
Memel 100, München 500, Nienstedten 150, Osnabrück 150,
Pretzin 150, Riemelsch 150, Schiersee 50, Schweidewitzer
400, Verden 150, Westfalen 150. Summa M. 84020.
Hamburg, den 31. Mai 1919.
W. Thies, erster Kassierer.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten alle Todesfälle der Verbands-
mitglieder, von denen auch nur eine Woche nach ihrem Tode
Mitteilung gemacht wird. Die Liste folgt S. 4.)

Kölnberg. Am 29. April starb durch Unfall unser Mitglied
Kollege **Alwin Schulte** (Hilfsarbeiter) im Alter
von 28 1/2 Jahren.
Berlin. Am 28. April starb der Kollege **Friedrich
Kretschmann** (Hilfsarbeiter) im Alter von
78 Jahren an Herzschwäche. — Am 18. Mai starb
der Kollege **Robert Grammann** (Bauerg.) im
Alter von 57 Jahren. — Am 19. Mai starb unser
Mitglied **Leonhard Böhm** (Fugler) im Alter
von 46 Jahren an Gehirnblutung.
Bielefeld. Am 22. Mai starb unser Kollege **Hermann
Lohmann** im Alter von 47 Jahren.

Breslau. Am 26. Mai starb unser langjähriges
treues Mitglied und Beichtstatter **Wilhelm
Bittner** (Hilfsarbeiter) an Schlaganfall. — Am
27. Mai starb unser Mitglied **Franz Kusch**
im Alter von 67 Jahren durch Unfall.
Bromberg. Am 29. Mai starb unser langjähriges
Mitglied **Gustav Groll** an den Folgen einer
Verletzung durch Handgranaten.

Dresden. Am 14. Mai starb der Kollege **Hermann
Gnanack** (Maurer) aus Frankfurt a. M. im Alter
von 66 Jahren an Lungenleiden.
Görlitz. Am 29. Mai starb der Kollege **Heinrich
Frehse** im Alter von 78 Jahren an Altersschwäche.
Greiz. Am 16. Mai starb unser Kollege **Louis
Schenker** (Maurer) aus A. u. d. S. im Alter
von 64 Jahren an Lungenentzündung.
Großschauen. Am 12. Mai starb unser treuer Kollege
Hermann Eichler im Alter von 61 Jahren an
Herzschlag.

Hannover. Am 21. Mai starb unser Mitglied
Friedrich Müller (Maurer) im Alter von
46 Jahren an Lungenentzündung.
Helmstedt. Am 22. Mai starb unser langjähriges Mit-
glied **Gustav Gensicke** (Maurer) im Alter
von 59 Jahren an Mastdarmentzündung.
Leipzig. Am 27. Mai starb unser Mitglied **Gottlieb
Kretschmer** (Hilfsarbeiter) im Alter von
55 Jahren an Grippe. — Am 25. Mai starb unser
Kollege **Hermann Friedrich** (Maurer) im
Alter von 71 Jahren an Speiseröhrenverengung.

Magdeburg. Am 22. Mai starb der Kollege **Ewald
Neumann** (Maurer) aus A. u. d. S. im Alter
von 36 Jahren freiwillig aus dem Leben.
Wir verlieren in ihm eines der tüchtigsten Mit-
glieder und ein langjähriges Vorstandsmittglied.
Mosbützel. Am 22. Mai starb der Kollege **Johann
Heisinger** (Hilfsarbeiter) im Alter von 41 Jahren
an Magenleiden.
Pößnerwies. Am 16. Mai starb unser Kollege **Franz
Tegener** (Maurer) im Alter von 42 Jahren an
Schlaganfall.

Ragan. Am 26. Mai starb unser Kollege **Franz
Kiescher** (Maurer) im Alter von 51 Jahren
an Lungenentzündung.
Sonneberg i. Th. Am 15. Mai starb unser lang-
jähriger Mitglied **Nik. Maar** aus Wildenstein
im Alter von 65 Jahren.
Stralsund. Am 24. Mai starb unser Mitglied
Friedrich Lubnow (Maurer) im Alter von
60 Jahren an Wasserleiden.
Wolgast. Am 29. Mai starb der Kollege **Otto Penz**
im Alter von 22 Jahren in der Klinik zu Greifswald
an Lungenentzündung.

In dem Verein Schweinfurt ist die Stelle des
Geschäftsführers
neu zu besetzen. Reflektiert wird auf einen tüchtigen Kollegen.
Die Bewerbungen sind bis zum 15. Juni an den Kollegen
Erhard Kupfer, Schweinfurt, G. e. Pr. 16, zu senden.

Versammlungen.
Berlin. (Fachschularbeiter, Stein- und Ralf-
träger.) Mittwoch, den 11. Juni, abends 7 Uhr, im
Gewerkschaftshaus, Saal 1. E.-O.: Die Verfassung
unserer zukünftigen Arbeitverhältnisse.
Berlin. (Staater.) Freitag, den 13. Juni, abends 7 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Saal 10. Tagesordnung sehr wichtig.